

2 Zu Ansatz und Methode

2.1 Theoretische Hinführung

Wenn eine Definition von Wissen sich aber nicht auf objektiv Gegebenes, Positives, stützen kann und sich auch aus der zugestandenen juristischen Restpositivität, dem Vertragstext, im konkreten Referendumszusammenhang nur faktische Informationen entnehmen lassen, woraus sich aber noch kein Wissen ergibt, das *per se* eine Haltung zum Abstimmungsgegenstand begründen könnte, welches Wissen wirkt dann? Welcher Wissensbegriff ist zu wählen? Die wiederholte rhetorische Frage nach dem Ursprung der in der Umfrageforschung erhobenen Meinung und des abgefragten Wissens der Probanden und die immer mitgelieferte – zumindest implizierte – Antwort, dass beides eben diskursbedingt sei und aus gesellschaftlichen Kommunikationsprozessen hervorgehe, hat bereits eine konstruktivistische Epistemologie angezeigt, zu der ich mich im Folgenden gewissermaßen ausdrücklich bekennen und auf der ich mein Untersuchungsvorhaben aufbauen möchte. Wissen wird also nicht als die Einsicht in eine höhere Wahrheit definiert, sondern im Sinne basaler sozialkonstruktivistischer Annahmen als abhängig von gesellschaftlichen Kommunikations- und Konstruktionsprozessen verstanden. Diese Prozesse zu untersuchen, hat sich die Wissenssoziologie³³ zur Aufgabe gemacht (vgl. Berger/Luckmann 1969: 1), womit sie einen gleichsam natürlichen theoretischen Ausgangs- und Anknüpfungspunkt für diese Arbeit bildet. Denn die „beständige Hinterfragung gesellschaftlicher Ontologisierung“, wie Reiner Keller (2006: 129) die Kernaufgabe der Wissenssoziologie seinerseits definiert, drängt sich in der Auseinandersetzung mit anderen und verschiedenen gesellschaftlichen Debatten geradezu auf, wirkt doch vieles, was darin wie selbstverständlich geäußert wird, auf den fremdsozialisierten Betrachter ungewohnt, mitunter gar *unerhört* oder fehlplatziert.³⁴

33 Der Begriff ist in der Politikwissenschaft erklärungsbedürftig. Die wesentlichen epistemologischen Annahmen werden hier meist unter den metatheoretischen Standpunkt des Sozialkonstruktivismus rubriziert. Die rezentere sog. *Wissenspolitologie* (Nullmeier/Rüb 1993, Rüb 2006) offenbart allerdings eine analoge Begriffsbildung.

34 Eine ähnliche Beobachtung dürften Berger und Luckmann gemeint haben: Während ihr so allgemein benannter *Mann auf der Straße* nämlich sich „seiner »Wirklichkeit« und seines »Wissens« [ohnehin] gewiß“ sei, könne sich der Soziologe – und aus dieser Beobachtung erhält auch der vergleichende Ansatz dieser Untersuchung seine Berechtigung – „sich solche Unbekümmertheit nicht erlauben, und sei es nur, weil er als Soziologe systematisch zur Kennt-

Theoretische Problematisierungen der Seinsgebundenheit des Wissens und Denkens gehen zwar bereits auf Marx und Engels, Nietzsche sowie Dilthey zurück, auch Emile Durkheim und Max Weber können als frühe Ahnherren des wissenssoziologischen Ansatzes angesehen werden (vgl. Durkheim 1987, s. auch Keller 2008c: 33ff., Ruggie 1998: 857ff.), das explizite Konzept und auch die Bezeichnung der Wissenssoziologie wurden Anfang des 20. Jahrhunderts aber durch den Philosophen Max Scheler geprägt (vgl. Maasen 2009: 9, Berger/Luckmann 1969: 3-4). Aufbauend auf dem grundlegenden „*Pluralismus* der Gruppen und Kulturformen“, von dem jede Soziologie auszugehen habe (Scheler 1960: 25-26), entwirft Scheler die Soziologie des Wissens als zentralen Bestandteil seiner Kultursociologie. Wissenssoziologie drückt schon bei Scheler ein fundamentales Wechselverhältnis zwischen Wissen und gesellschaftlicher Wirklichkeit aus, ohne dass das Konzept der Wirklichkeit von ihm bereits explizit eingeführt würde:

„Alles Wissen, und vor allem alles gemeinsame Wissen um *dieselben* Gegenstände, *bestimmt* ferner irgendwie das *Sein* der Gesellschaft in allen möglichen Hinsichten. Alles Wissen ist endlich aber auch umgekehrt *durch* die Gesellschaft und *ihre* Struktur bestimmt“ (1960: 52).

Nach Scheler hat vor allem Karl Mannheim die Wissenssoziologie weiterentwickelt, radikalisiert und ihr zur breiten Wahrnehmung verholfen (vgl. Berger/Luckmann 1969: 12). Mannheim geht mit seiner grundlegenden These von der *Seinsgebundenheit des Wissens* über Schelers Ansatz hinaus. Die Standortabhängigkeit wird bei ihm zur Bedingung jeder Erkenntnis, weshalb er seine Wissenssoziologie explizit auch als *Erkenntnissoziologie* verstanden wissen will (vgl. Mannheim 1964: 368).

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben die Soziologen Peter L. Berger und Thomas Luckmann die Wissenssoziologie gewissermaßen von der Last der Ideologie(-kritik) und von tiefgehenden philosophischen Überlegungen befreit,³⁵ sie um grundlegende Einsichten des Symbolischen Interaktionismus sowie der phänomenologischen Soziologie nach Alfred Schütz (1960) bereichert und ihr mit der *gesellschaftliche[n] Konstruktion der Wirklichkeit* ein viel rezipiertes Standardwerk geschaffen, dessen Titel den Kerngedanken des Gebäudes fasst: „Die Wissenssoziologie sieht die menschliche Wirklichkeit als eine gesellschaftlich konstruierte Wirklichkeit“ (Berger/Luckmann 1969: 200-201). Mit dieser Neubegründung der Wissenssoziologie ging laut Keller eine Akzentverschiebung von der Seinsbedingtheit des Denkens auf die gesellschaftlichen Entstehungsprozesse von Wissen und Wirklichkeit einher (vgl. Keller 2008c: 38). In den Mittelpunkt ihrer soziologischen Theorie rücken die Autoren dementspre-

nis genommen hat, daß Männer auf den Straßen verschiedener Gesellschaften höchst verschiedener Wirklichkeiten gewiß sind“ (1969: 2).

35 Berger und Luckmann selbst schreiben diese Leistung bereits Mannheim zu (vgl. 1969: 10). In jedem Fall haben sie diese Bewegung fortgesetzt.

chend die Frage, wie „ein bestimmter Vorrat von »Wissen« gesellschaftlich etablierte »Wirklichkeit« werden konnte“ (Berger/Luckmann 1969: 3, 16 u. 20). Für das hier angewandte Konzept des Wissens ist die Vorstellung des *Vorrätigen* zentral. Gesellschaften sind geradezu durch Wissensvorräte konstituiert, wobei individuelle Akteure, die Mitglieder einer Gesellschaft, sich diese immer schon verfügbaren Bestände aneignen können, ja müssen, um in ihrer (der vorgefundenen) sinnhaft konstruierten Lebenswelt handlungs- und verständigungsfähig zu sein (vgl. Keller 2006: 118-121, 2008c: 40-48; 181). Wichtig ist auch, dass der Einzelne wie selbstverständlich und notwendig an diesen Aneignungs- und Konstruktionsprozessen teilhat, ohne darüber tatsächlich zu reflektieren, sich dessen auch nur bewusst zu sein (vgl. Berger/Luckmann 1969: 16). Die von Berger und Luckmann beschriebene Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit ist mithin ein automatisch und unvermeidlich ablaufendes Wechselspiel von sozialer Objektivation und subjektiver Internalisierung, das den Menschen als ein notwendig gesellschaftliches Wesen (ja sogar „ein gesellschaftliches Produkt“, ebd.: 65; s. auch 54) erkennen lässt. Wissen ist demnach also sowohl das, was die sinnhaft strukturierte Welt dem Einzelnen immer schon verfügbar macht, als auch das, worüber er sich ebendiese Welt erschließt:

„Unsere Interaktionen in der Alltagswelt werden daher immer auch davon mitbestimmt, daß wir – der Andere und ich – Nutznießer und Teilhaber desselben Wissensvorrates sind oder mindestens sein können. [...] Der gesellschaftliche Wissensvorrat ermöglicht somit die »Ortsbestimmung« des Individuums in der Gesellschaft und seine entsprechende »Behandlung«. Das ist niemandem möglich, der nicht an diesem Wissensvorrat teilhat“ (ebd.: 43).

Doch wie findet diese Teilhabe statt? Welches Medium dient als Träger des Wechselspiels? – Die gesellschaftlichen Wissensvorräte finden sich eingelagert in verschiedenartige symbolische Systeme, ohne deren Gebrauch soziale Interaktion gar nicht möglich wäre:

„Alles, was wir wahrnehmen, erfahren, spüren, auch die Art, wie wir handeln, ist über sozial konstruiertes, typisiertes, in unterschiedlichen Graden als legitim anerkanntes und objektiviertes Wissen vermittelt. Dieses Wissen ist nicht auf ein ‚angeborenes‘ kognitives Kategoriensystem rückführbar, sondern auf gesellschaftlich hergestellte symbolische Systeme“ (Keller 2006: 115, s. auch 2008c: 182, 202-203, Sarasin 2006: 61).

Unter den symbolischen Systemen nimmt die Sprache einen hervorragenden Platz ein.³⁶ Als Standardkommunikationsmittel stattet sie jeden Sprecher mit

36 Eine überzeugende Begründung und Beschreibung dieser Sonderstellung bietet u.a. Michel Foucault in seiner *Ordnung der Dinge*: „Insoweit die Sprache alle Repräsentationen repräsentieren kann, ist sie mit vollem Recht das Element des Universalen“ (1974: 123, ähnlich, wenn auch nicht so klar bei Berger/Luckmann 1969: 41). Keller bringt die Bedeutung der Sprache für die wissenssoziologische Theorie Bergers und Luckmanns auf den Punkt: „Der permanente Gebrauch einer gemeinsamen Sprache bildet den Grundmodus einer permanenten Konstitution der Wirklichkeit“ (2008d: 47, s. auch: 68).

vorgegebenen Sinnstrukturen aus (vgl. Berger/Luckmann 1969: 24) und zwingt ihn auf diese Weise „in ihre vorgeprägten Muster“ (ebd.: 40), sie dient dem Erhalt und der Stabilisierung gesellschaftlicher Institutionen (vgl. ebd.: 69), sie verbindet einander Fremde als „wirklichkeitswahrende Andere“ (ebd.: 164) innerhalb einer Sprachgemeinschaft und zementiert demgegenüber die Exklusion derer, die nicht zu dieser Gemeinschaft zählen und sich deren fundamentales Symbolsystem nicht hinreichend erschlossen haben. Mit der Sprache verfügt im Regelfall die nationale Gesellschaft als übergeordnete Gruppe über einen gemeinsamen grundlegenden Fundus objektivierter Zeichen, durch den sie sich als Nation erst konstituiert (vgl. ebd.: 165). Für die vorliegende Untersuchung ergibt sich daraus die besonders wertvolle Vorstellung der sog. *Diskursgemeinschaft*,³⁷ die eine – im Regelfall als Nation bezeichnete – Menge von Menschen über deren zumindest potentielle Gesprächsfähigkeit integriert.

Dass Menschen die gleiche Sprache sprechen und einer Gesellschaft angehören, heißt aber keineswegs, dass sie insgesamt identische Objektivationen und damit Wissensvorräte internalisierten – diese Vorstellung würde der grundlegenden Annahme der Wissenssoziologie, nämlich einer auch inneren Differenziertheit von Weltdeutungen, zuwiderlaufen. Auch innergesellschaftlich variieren Wissensbestände abhängig von vielfältigen Sozialisationseffekten, denen ein individueller Sprecher in verschiedenen Gruppenzusammenhängen unterliegt. Oberhalb des Niveaus einer grundlegenden Sprach- und Verständigungsfähigkeit sowie anderer basaler Konventionen zur Organisation des Zusammenlebens differenziert sich das *Wissen der Gesellschaft* also abhängig von der sozialen Position einzelner Sprecher beträchtlich aus, so dass sich in gesellschaftlichen Konfliktsituationen durchaus sehr diffuse Konstellationen ergeben können. Gerade in der politischen Arena kommt es in der Regel zu mehr oder weniger erbiterten Deutungskämpfen zwischen „konkurrierende[n] Interpretationen der Realität“ (Donati 2006: 150), was regelmäßig dazu führt, dass die Mitglieder einer Gesellschaft sich zwar verständigen, aber nur schwerlich auf etwas verständigen können.

Um an dieser Stelle kurz auf die zu behandelnden Referendumssituationen zurückzukommen, möchte ich die vorangegangenen Überlegungen zuspitzen und im Hinblick auf die Volksabstimmungen argumentieren, dass in diesen gesellschaftlichen Konfliktsituationen also keineswegs ein *zu wenig* an Wissen zum *Problem* wird, wie verbreitet behauptet (s. Abschnitt 1.6), sondern geradezu ein *zu viel*.³⁸ Im konkreten Zusammenhang von EU-Vertragsreferenden stößt die

37 Das Konzept ist freilich verwandt mit der von Kielmansegg (2003: 58) beschriebenen „Kommunikationsgemeinschaft“, ist aber klar in eine Diskurstheorie und ein diskursanalytisches Instrumentarium zur empirischen Analyse eingebettet.

38 Mit ihrer qualitativen Analyse von Fokusgruppen, die sich allerdings auf ein kognitions- und sozialpsychologisches Design stützt, kommen Baden und De Vreese für das niederländische Referendum über den Verfassungsvertrag zu einem ähnlichen Ergebnis, indem auch sie auf den Widerspruch zwischen dem in Umfragen eingeräumten Wissens- und Aufmerksamkeitsmangel

Europäische Union, wenn sie (ausnahmsweise) zum Gegenstand einer gesellschaftlichen Debatte wird, also mitnichten auf ein Vakuum des Wissens, und ein Reformprojekt scheitert nicht an objektiv existierenden Wissenslücken. Ganz im Gegenteil: Wissen über die EU ist immer schon vorhanden, die Menschen haben einen Begriff von der europäischen Integration und haben eine Vorstellung von Europapolitik, sei es, dass sie darin besteht, dass jene sie nicht interessiert und diese sie nichts angeht. Die Menschen haben überdies eine lebhafte Vorstellung vom Staat sowie von der Nation. Sie wissen, was eine Verfassung ist und was demgegenüber *bloß* ein Vertrag. Sie wissen auch, was ein Parlament ist, und um ihre Grundrechte, die sie im Einzelnen vielleicht gar nicht benennen können. Sie wissen, wozu eine Armee *gut* ist, und dass die Wirtschaft wachsen muss. Sie wissen, dass die Türkei zu Europa gehört oder dass viele Einwanderer kriminell sind. Sie wissen, dass Tiere Gefühle haben und der Mensch den Klimawandel verursacht. Sie wissen, dass leichte Drogen keine bleibenden Schäden verursachen, aber Abtreibung eine Sünde ist. Zuletzt wissen sie auch, wie Entscheidungen gerecht zu fällen und wie Steuereinnahmen gerecht zu verteilen sind, u.v.m. Die EU-Integration berührt ihrerseits so viele verschiedene Politik- und Gesellschaftsfelder, dass niemand erwarten sollte, dass die Bürger, vor die Wahl gestellt, die Gemeinschaft vor der Konfrontation mit einer diffusen Vielfalt von Wissensbeständen bewahrten. Mehr noch: Sie könnten es gar nicht, da die Gemeinschaftskonstruktion ohne die Integration in ebendiese Wissensbestände nicht zu begreifen wäre.

Das gesellschaftliche Großereignis einer bevorstehenden Vertragsratifizierung mobilisiert auf überindividueller Ebene also alle kollektiven Akteure, den Gegenstand der Abstimmung, den Vertragstext, wie selbstverständlich in die von ihnen gewissermaßen *ver-* und *bewahrten* Wissensbestände und ihre fortlaufend aktualisierten Geschichten der europäischen Einigung einzuordnen. In den Debatten schlagen sich diese kollektiven Erkenntnisprozesse in der Anwendung wiederkehrender Deutungsmuster empirisch nieder. Diese lassen sich beispielsweise in Kampagnentexten identifizieren. Darin wird die Vertragsreform als letzter Schritt auf der Stufenleiter zur Bundesstaatsbildung interpretiert oder bloß als notwendige regelmäßige Kodifizierung des längst erreichten Integrationsstands; einzelne Reformmaßnahmen besiegelten demnach entweder das Ende der nationalen Unabhängigkeit oder stellten allein die Effizienz in der 27er-Gemeinschaft sicher. Solche und andere Deutungsmuster kommen in den nationalen Referendumsdebatten in großer Fülle und Vielfalt zur Anwendung. Sie bilden einen geeigneten Ansatzpunkt für den anvisierten systematischen Vergleich von Referendumsdebatten.

und der tatsächlich komplexen Wahrnehmung des Abstimmungsgegenstands durch die Probanden hinweisen: „The results show that, despite their confessed low knowledge and interest, most participants constructed rather complex and systematic understandings of the European Draft Constitution“ (2008: 134).

Für sich genommen, stellen Deutungsmuster aber eine noch recht konturlose Untersuchungseinheit dar, die ihre Verbindung zur materiellen Welt nicht ohne Weiteres zu erkennen gibt. Außerdem geht der eigentliche Fokus der Wissenssoziologie nach Berger und Luckmann auf die Alltagswirklichkeit und das *Jedermanns-Wissen* mit einer Orientierung an der Individualebene und der allgemeinen theoretischen Betrachtung von Mikroprozessen der Wirklichkeitskonstruktion einher (vgl. Keller 2008c: 183-185, 188ff.). Die Hermeneutische Wissenssoziologie hat allerdings bisher nur unzureichende Verfahren entwickelt, die gesellschaftlichen Konstruktionsprozesse auf der Ebene übergeordneter, gar allgemein-öffentlicher Kommunikationszusammenhänge systematisch zu analysieren (vgl. ebd.: 2008d: 15). Sowohl was die vernachlässigte Analyseebene als auch die konturlose Analyseeinheit betrifft, kann die Diskursanalyse in der Tradition des französischen Philosophen Michel Foucault³⁹ Abhilfe schaffen. Denn wo finden die gesellschaftlichen Konstruktionsprozesse statt, wenn nicht in Diskursen, verstanden als gesellschaftliche Zusammenhänge der Aussagenproduktion? „Was wir von der Wirklichkeit wissen und über sie sagen, das prägt sich aus in Diskursen“ (Konersmann 2007: 80). Wissen und Diskurs gehören für Foucault untrennbar zusammen: „es gibt kein Wissen ohne definierte diskursive Praxis; und jede diskursive Praxis kann durch das Wissen bestimmt werden, das sie formiert“ (Foucault 1981: 260). In der Tat widmet auch Foucault sich in seinen Hauptwerken dem Wissen, konkret: der historischen Entwicklung, der Genealogie kollektiver Wissensbestände. Wissen beruht auch für Foucault notwendig auf einem interpretativen Vorgang: „Dem Wissen ist eigen, weder zu sehen, noch zu zeigen, sondern zu interpretieren“ (1974: 72). Mit dem Diskursbegriff gibt er dem ansonsten schwer fassbaren Wissen einen *Ort*, ein *Material* und damit seiner Leserschaft gewissermaßen die *entscheidenden Hinweise* für eine empirische Analyse von Wissensbeständen. Die große Leistung der Foucaultschen Diskurstheorie besteht also nicht zuerst in der Bereitstellung der von ihm selbst so bezeichneten *Werkzeugkiste* – eine viel gebrauchte und in der Foucault-Rezeption abgenutzte Metapher (vgl. Diaz-Bone 2006: 69 u. 77) –, sondern in der Definition eines Gegenstands, der eine materielle Existenz hat, der einer empirischen Analyse zugänglich ist und sich überhaupt mit den quasi mitgelieferten Werkzeugen seiner sog. *interpretativen Analytik* (vgl. Dreyfus/Rabinow 1987: 23, Diaz-Bone 2006: 70 u. 76) bearbeiten lässt.

In der rückwärtigen Betrachtung lässt sich leicht feststellen, dass Wissenssoziologie und Diskursanalyse verwandten Ursprungs sind und von sich aus zueinander tendieren. Ganz im konstruktivistischen Sinne will Foucault Diskurse als Praktiken verstanden wissen, „die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (Foucault 1981: 74); auch er nimmt in seinen Werken eine eminent konstruktivistische Perspektive ein (vgl. Keller 2008c: 126). Und geht es der Wissenssoziologie laut Keller um die „beständige Hinterfragung gesell-

39 Und genau diese ist im Folgenden immer mit dem Wort *Diskursanalyse* gemeint.

schaftlicher Ontologisierung“ (2006: 129), so akzeptiert auch die Diskursanalyse „kein positiv gegebenes Wissen, keine a priori Evidenz, die nicht Resultat einer diskursiven Praxis wäre“ (Diaz-Bone 2006: 78), sondern versucht immer, den diskursiven Mechanismen, welche die wahrgenommene Evidenz erst ermöglichen, in einem kritischen und – zumindest der Tendenz nach – dekonstruktiven Verfahren auf den Grund zu gehen (vgl. ebd., Bublitz 2006: 237, Link 2006: 427). Dass demgegenüber die Sprache als wichtigstes Symbolsystem auch für Berger und Luckmann eine herausragende Rolle spielt, ist bereits eingehend dargelegt worden. In ihren Überlegungen zur Sprache kommen sie ihrerseits dem Diskursbegriff Foucaultscher Prägung mitunter sehr nah und lassen die zwischenmenschliche Unterhaltung als Modus der Wirklichkeitskonstruktion schlechthin erscheinen:

„Das notwendigste Vehikel der Wirklichkeitserhaltung ist die Unterhaltung. Das Alltagsleben des Menschen ist wie das Rattern einer Konversationsmaschine, die ihm unentwegt seine subjektive Wirklichkeit garantiert, modifiziert und rekonstruiert. Unterhaltung bedeutet natürlich in erster Linie, daß Menschen miteinander sprechen“ (Berger/Luckmann 1969: 162).

Tatsächlich und explizit zusammengebracht und zu einem handhabbaren Forschungsprogramm kombiniert wurden die beiden theoretischen Strömungen trotz ihrer epistemologischen Nähe⁴⁰ aber erst in den 2000er Jahren durch den Soziologen Reiner Keller und seine *Wissenssoziologische Diskursanalyse* (WDA). In Ermangelung einer einheitlichen sozialkonstruktivistischen Methodologie⁴¹ folgt die vorliegende Arbeit im Wesentlichen diesem breit angelegten und explizit so genannten Forschungsprogramm und entwickelt daraus ein eigenes Analysedesign, das auch andere Verfahren, Instrumente und Begriffe der Diskursanalyse im Besonderen und der qualitativen Sozialforschung im Allgemeinen anwendet. Die WDA ergibt für sich genommen noch kein klares Analyseverfahren, sondern muss auf den konkreten Untersuchungsgegenstand erst zugeschnitten werden. Dies soll im folgenden Abschnitt geleistet werden. Daraus ergibt sich dann in Abschnitt 2.3 die konkrete Untersuchungsmethode, und die einzusetzenden synoptischen Instrumente der Analyse werden vorgestellt. In Abschnitt 2.4 werden die zentralen Forschungshypothesen noch einmal gesammelt aufgeführt. Abschnitt 2.5 wiederholt schließlich zum besseren Verständnis der diskursanalytischen Terminologie einige wesentliche Begriffsdefinitionen.

40 S. auch die abweichende Einschätzung von Keller selbst (2008d: 13).

41 Vgl. zur methodologischen Verlegenheit bzw. den grundlegenden Verfahrensmustern: Ulbert (2005: 24ff.), Keller/Viehöver (2006); Gerhards (1992).

2.2 Die Wissenssoziologische Diskursanalyse (WDA) und ihr Zuschnitt auf den Gegenstand der Untersuchung

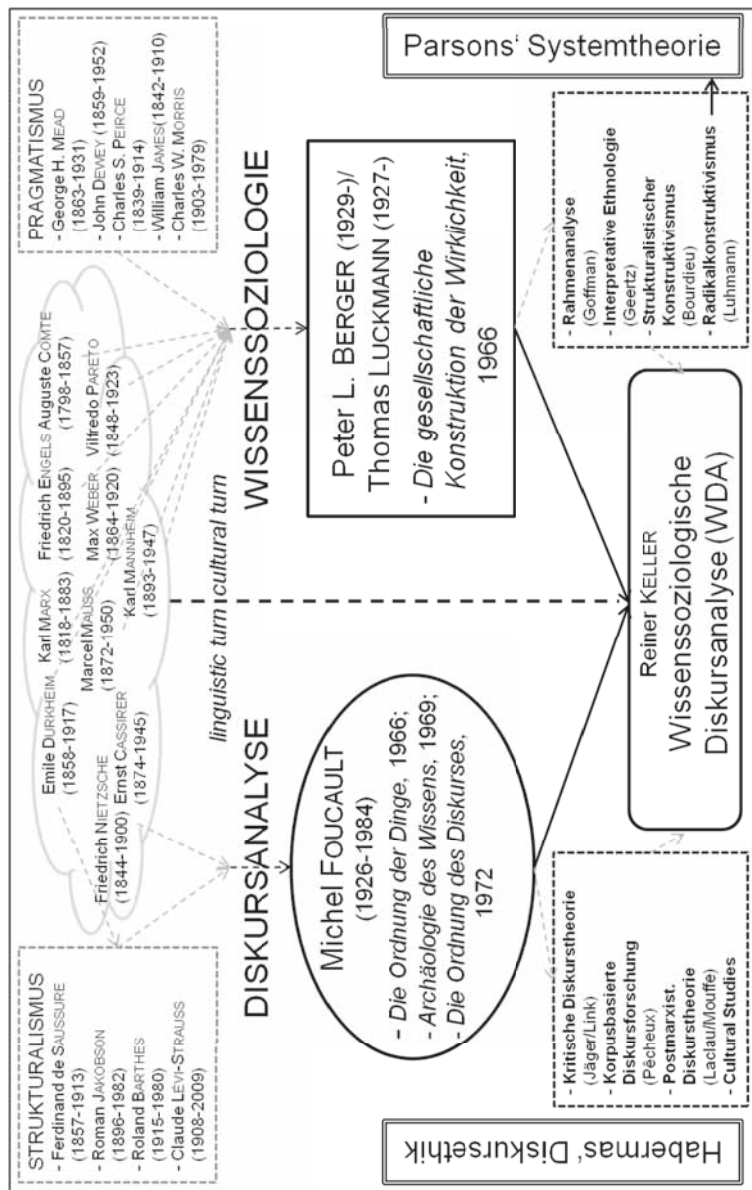
Im Wesentlichen orientiert sich die vorliegende Untersuchung am Forschungsprogramm der *Wissenssoziologischen Diskursanalyse* (WDA) nach Reiner Keller. Die WDA verbindet „zwei Traditionen der sozialwissenschaftlichen Analyse von Wissen“ (Keller 2008c: 11) miteinander, nämlich die Hermeneutische Wissenssoziologie, als deren grundlegender Text *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit* von Peter L. Berger und Thomas Luckmann (Berger/Luckmann 1969) gelten kann, und die Diskursanalyse nach Michel Foucault, wie er sie insbesondere in seiner *Archäologie des Wissens* (Foucault 1981) dargelegt hat. Aus der Kombination dieser verschiedenen theoretischen Perspektiven auf das gemeinsame Phänomen des Wissens ergibt sich ein Forschungsprogramm, das es sowohl erlaubt, die grundlegenden diskursiven Strukturen in den zu untersuchenden Debatten freizulegen als auch, die jeweils Wirklichkeit konstituierenden Prädispositionen der beteiligten Sprecher und kollektiven Akteure zu berücksichtigen (vgl. Reiner Keller 2005: 5), anstatt diese mit poststrukturalistischem Eifer gleichsam zuzuschütten. Keller versucht mithin einen „Brückenschlag zwischen handlungs- und strukturtheoretischen Traditionen der Wissenssoziologie“ (Keller 2008c: 12).

Ausführlicher als im vorangegangenen Abschnitt geschehen kann hier aufgrund des mangelnden Raums nicht auf die theoretische Abstammung der WDA eingegangen werden. Keller liefert eine umfassende zweigliedrige Genealogie seines Ansatzes in den Kapiteln 2 und 3 seiner Grundlegung (vgl. 2008d: 21-96 bzw. 97-177). Abbildung 4 stellt den Versuch dar, die darin vom Autor gezeichneten Abstammungslinien der WDA sowie die wesentlichen Abgrenzungen zu anderen Schulen und Ansätzen, die sich im weitesten Sinne mit Wissen und Diskursen befassen, in einem Überblick zu veranschaulichen. Ausgehend von diffus verteilten, nur in einen *wolkigen* Zusammenhang zu bringenden Ursprüngen in den Schriften verschiedener Philosophen und Soziologen, zeichnen sich im Wesentlichen zwei prägende Strömungen ab, die sich an der Wende zum vergangenen Jahrhundert in zwei Schulen, nämlich dem kontinentaleuropäisch geprägten Strukturalismus (vgl. Saussure 2001, Jakobson 1960, Barthes 1972) sowie dem vor allem auf den US-amerikanischen Raum zentrierten Pragmatismus (vgl. James 2001, Dewey 1975, Peirce 1975, Schiller 1975), akademisch institutionalisierten. Während die Wissenssoziologie nach Berger und Luckmann mit ihrer lebenswelt- und akteurszentrierten Anschauung in theoretische Verbindung mit dem Pragmatismus gebracht werden kann und wesentliche Gedanken insbesondere des Symbolischen Interaktionismus aufgreift (vgl. Keller 2008c: 199), wurzelt Foucaults diskurstheoretischer Ansatz offenkundig in der strukturalistischen Zeichentheorie.

Aufbauend auf oder in Auseinandersetzung mit Foucaults Arbeiten sowie der wissenssoziologischen Theorie von Berger und Luckmann haben sich auf

beiden Seiten theoretische Weiterentwicklungen und neue Ansätze ausgebildet, Diskurstheorien hier: z.B. die postmarxistische Diskurstheorie von Laclau/Mouffe, die Kritische Diskursanalyse, korpusbasierte Diskursforschung oder die verschiedenen Diskursansätze in den sog. *Cultural Studies*; Konstruktivismen dort: z.B. die Rahmenanalyse von Goffman, die interpretative Ethnologie, Bourdieus strukturalistischer Konstruktivismus sowie schließlich Luhmanns radikal-konstruktivistische Position. Die WDA setzt sich mit den Ansätzen auf beiden Seiten kritisch auseinander, adaptiert einige begriffliche Instrumentarien und ist von verschiedenen Überlegungen durchaus beeinflusst. Demgegenüber grenzt sie sich von anderen grundlegenden Strömungen sozialwissenschaftlicher Theorie deutlich ab. Dies betrifft wie eingangs gezeigt offensichtlich die auf einem positivistischen Empirismus beruhende Sozialforschung, die in der Regel auf der Basis von Modellen der rationalen Wahl operiert (vgl. Keller 2008c: 38). Daneben sind dies aber auch die Systemtheorie Parsonsscher Prägung sowie, wenn gleich auf Grundlage einer anders gerichteten epistemologischen Konfrontation, die Diskurstheorie nach Jürgen Habermas (1981, 1983).

Abbildung 4: Theoretischer Stammbaum



Quelle: eigene Darstellung

Ausgehend von der Wissenssoziologie⁴² geht es Keller mit der WDA-Kombination explizit darum, den durch Berger und Luckmann ausgelegten Begriff einer kommunikativen Wirklichkeitskonstruktion „*durch denjenigen einer diskursiven Konstruktion zu spezifizieren*“ (2008d: 95). Wie ich weiter oben bereits angekündigt habe, ist die WDA auf den konkreten Forschungsgegenstand erst noch zuzuschneiden. Mit den folgenden Ausführungen, die genau diesen Zuschnitt versuchen sollen, tue ich der Arbeit Kellers also nicht – zumindest nicht prinzipiell – Gewalt an. Sie ist vielmehr auf diese Offenheit hin angelegt. Keller definiert sie selbst nicht als eine spezifische Methode, sondern als eine Forschungsperspektive oder eben ein Forschungsprogramm (vgl. Keller 2008c: 12). Mit Diskursen legt er freilich einen Forschungsgegenstand fest, den er aus der Foucaultschen Diskurstheorie bezieht, insbesondere mit der Wissenssoziologie wählt er eine (meta-)theoretische Grundanschauung. Aus beidem zusammen ergeben sich verschiedene Bearbeitungsweisen, terminologische Zugänge und Analyseinstrumente, von denen er die wesentlichen definiert. Es gehört dabei zu den selbstgesteckten Zielen sowie den tatsächlichen Vorzügen der WDA gegenüber anderen existierenden diskursanalytischen Entwürfen, dass sie an gängige methodische Verfahren der qualitativ-interpretativen Sozialforschung anknüpft und empirische Arbeiten ermöglicht, die ihre Analyseschritte und ihre Ergebnisintegration in transparenter, intersubjektiv nachvollziehbarer Weise vornehmen (vgl. 2008d: 11 u. 322). Auch verortet Keller selbst die WDA explizit im theoretisch-methodologischen Feld der *Grounded Theory* (Glaser/Strauss 2010), weil sie zu gegenstandsbezogenen Anpassungen und zur Selbstkorrektur fähig ist und an ihren Gegenstand nicht mit aus einer starren Theorie deduktiv abgeleiteten Annahmen und unterstellten Gesetzmäßigkeiten herantritt (vgl. Keller 2008c: 11-12).

Auf den Gegenstand dieser Arbeit bezogen, sind die zu untersuchenden Diskurse mit Keller als „Erscheinungs- und Zirkulationsformen des Wissens“ (2008d: 97, vgl. auch Konersmann 2007: 80) zu betrachten, des Wissens also über Europa, die Europäische Union, den Nationalstaat, aber auch über Politikfelder wie die Außen-, Sozial- oder Umweltpolitik, schließlich über Begrifflichkeiten wie Verfassung, Liberalismus, Globalisierung etc. All diese Elemente kollektiven oder sozialen Wissens werden in den nationalen Diskursen aktualisiert. So wird auch der zur Debatte stehende Abstimmungsgegenstand, also konkret der Verfassungs- bzw. Reformvertrag in seinen Einzelheiten oder abstrakt die Europäische Union, notwendigerweise in der diskursiven Praxis mit tradierten Konzepten und Deutungsmustern konfrontiert, in international wie innergesellschaftlich divergente kollektive Wissensbestände integriert. Diese Strukturen sind immer schon vorhanden, wenn eine politische, in diesem Fall eine europapolitische Entscheidung, auf die Agenda gelangt. Gewiss, ein EU-Vertrag mag

42 In der Tat liegt Kellers theoretischer Schwerpunkt auf der Wissenssoziologie. Er will die WDA entsprechend auch als „Einbettung der Diskursanalyse in die Wissenssoziologie“ (Keller 2008d: 179) verstanden wissen.

auf der Textebene ein gänzlich neuer Gegenstand sein, und eine Fülle von Informationen und Fakten mag notwendig sein, um ihn in Aufbau und Inhalt zu durchschauen, und doch behandelt die politische Entscheidung für einen Reformvertrag nichts grundsätzlich *Neues*. Es geht um die EU, es geht um den Nationalstaat und seine Souveränität, um zwischenstaatliche Zusammenarbeit und supranationale Integration, um Wirtschaft, Soziales und Ökologie sowie um vieles mehr, wie sich in der ausführlichen Diskursanalyse zeigen wird. Nichts davon ist grundsätzlich neu, die europäische Integration mag mit den häufiger werdenden direktdemokratischen Entscheidungen als Gegenstand der politischen Auseinandersetzung in den nationalen Staaten erst ankommen, sie ist aber innerhalb der gesellschaftlichen Systeme von Politik und Recht sowie im politischen Gespräch und Alltag längst gleichsam domestiziert worden, sie ist mit unterschiedlichen Regelungen und eben konträren Bedeutungszuschreibungen und Bewertungen versehen worden.⁴³

2.2.1 Diskursanalytische Überlegungen

Von Äußerungen und Aussagen

Zunächst ist die grundlegende Annahme, die der Foucaultschen Theorie zu entnehmen ist, diejenige, dass sich Diskurse überhaupt in systematischer Weise analysieren lassen, weil sie in ihre elementaren Bestandteile in Form von wiederkehrenden „effektiven Aussagen“ (Foucault 1981: 41) zerlegbar sind. Die Aussage bildet also die erste, die kleinste Einheit des Diskurses (s. auch Frank 1988: 37). Aussagen erscheinen im jeweiligen Diskurs auf ganz verschiedene Weise materialisiert (z.B. in geschriebenen Texten, Reden, Interviews, auf Plakaten und Postern etc.), in einer geradezu endlosen, auf jeden Fall unüberschaubaren Fülle von so genannten Äußerungen. Diese fundamentale Unterscheidung zwischen der Aussage (*énoncé*) und der Äußerung (*énonciation*) bildet die zentrale analytische Weichenstellung für Foucaults Diskurstheorie. Nur eine solche Annahme von wiederkehrenden Mustern erlaubt die systematische Analyse von Diskursen. Denn während die gesamte Menge an Äußerungen, die beispielsweise während eines Referendumswahlkampfes getätigt werden, zwar nie unendlich ist, aber durchaus in diese Richtung tendiert,⁴⁴ lässt sich bei den auf diese Weise materialisierten, wiederkehrenden Aussagen von einer begrenzten und erfassbaren Gesamtzahl ausgehen (vgl. Foucault 1981: 42, 115ff.). Oder um ein sprach-

43 Eine strengere Definition der *Domestizierung* bietet freilich Harnisch (2006) in seiner sozial-konstruktivistischen Untersuchung zur Domestizierung der deutschen Sicherheits- und Europapolitik. Dennoch beruht dieser Ansatz auf ähnlichen meta-epistemologischen Annahmen.

44 Diese Aussage lässt sich für einen geisteswissenschaftlichen Verfahren zugeneigten und einen den lebenswirklichen Zwängen der einsamen Forschungsarbeit unterworfenen Analysten rechtfertigen. Jedem Mathematiker muss sie hingegen geradezu lachhaft erscheinen.

philosophisches Vokabular zu verwenden: Aussagen bilden die *types*, Äußerungen die *tokens* diskursiver Praxis. Es sind die Typen, also die Aussagen, die den analytischen Zugang zu Diskursen erlauben.

Diese logische Zweiteilung mag die von Foucault als so wesentlich herausgestellte Materialität der Aussage selbst („Sie muß eine materielle Existenz haben“ Foucault 1981: 145, s. auch 146-147) problematisch erscheinen lassen. Wie kann die Aussage eine materielle Existenz haben, wenn sie erst durch die Äußerung materialisiert wird? Dieser vermeintliche Widerspruch lässt sich auflösen, wenn klargestellt wird, dass die Aussage als typisierte Äußerung und *Einheit* des Diskurses für den Betrachter einzig im Modus des Wiedererkennens identifizierbar ist. Dieser methodischen Herausforderung begegne ich im Teil III dieser Arbeit mithilfe eines analytischen Behelfsinstruments, das ich *Kernaussage* nenne. In der Kernaussage findet sich der typisierbare Gehalt zusammenhängender Äußerungen verdichtet. Dabei ist die Kernaussage selbst Äußerung, wie sie in dieser oder ähnlicher Form auch im Referendumszusammenhang hätte geäußert werden können.

Zum Begriff des Diskurses

Mit dem stärkeren Gebrauch diskurstheoretischer und -analytischer Ansätze in den Sozialwissenschaften ist in den vergangenen Jahren eine in gewisser Hinsicht bedauerliche inflationäre Verwendung des Diskursbegriffs zu verzeichnen (vgl. Keller et al. 2006: 7, Kerchner/Schneider 2006: 9, Mills 2007: 1), wobei unter dem *Label* Diskurs beinahe jeder kommunikative Zusammenhang, jede Sprachpraxis, von der Alltagssprache bis hin zur Expertendiskussion, verstanden wird. Manfred Frank kritisiert den inflationären Begriffsgebrauch insbesondere in der Literaturwissenschaft, seine Problemanalyse lässt sich aber auch auf das sozialwissenschaftliche Feld übertragen:

„Seine massenhaft gewordene und modische Verwendung, vor allem unter Literaturwissenschaftlern, deutet zwar aufs Bestehen eines epistemologischen Problems (vorsichtiger gesagt: eines Bedürfnisses), dem er abzuhelfen bestimmt ist, reicht aber nicht aus zur Entkräftung des Einwandes, die Semantik seines Gebrauchs sei so unbestimmt, daß sein Funktionieren nicht gesichert ist“ (Frank 1988: 25).

Konkret stellt der Diskursbegriff also mal auf symbolische Interaktion und gemeinsame Wissensbestände ab, mal geht es um Machtrelationen, mal wird er nur synonym mit Diskussion oder Debatte gebraucht, ohne Strukturelles oder Strukturierendes zu beschreiben. Vom letzten Beispiel, dem Alltagsverständnis eines Diskurses als Debatte, muss sich die vorliegende Untersuchung klar distanzieren. Darüber hinaus klammert sie die Machtfrage, die Foucault in seinen späteren

Werken vor allem beschäftigt hat,⁴⁵ aus. Was den immer noch breiten verbliebenen Bedeutungshorizont betrifft, lässt sich auch hier jegliche willkürliche oder unwillkürliche Mehrdeutigkeit des Diskursbegriffs vermeiden, ausgerechnet indem man ihn so abstrakt wie möglich und ganz im Sinne eines analytischen Instruments definiert.

Im Wesentlichen ist der Diskurs⁴⁶ nach Foucault eine Praxis (vgl. 1981: 70), genauer: „eine komplexe und differenzierte Praxis [...], die analysierbaren Regeln und Transformationen gehorcht“ (ebd.: 301). Trotz zahlreicher Ansätze zu Diskursdefinitionen, von denen die zitierte, dem Ende der *Archäologie* entnommene noch die klarste ist, bleibt ausgerechnet das zentrale Diskurskonzept in Foucaults Werk unscharf. Das liegt vor allem daran, dass der Diskurs sich als Untersuchungsobjekt nicht von sich aus *anbietet* und ohne Weiteres stabilisieren lässt. Um die Regeln und Transformationen zu untersuchen, denen der Diskurs angeblich gehorcht, muss man ihn erst als Gegenstand identifiziert haben. Den Diskurs von Beginn an über ein a priori unterstelltes, in ihm verwirklichtes Wissensregime, das ihn quasi konstituiert, zu erfassen (vgl. Hajer 2008: 275), droht in einen leicht vermeidbaren Zirkelschluss zu münden. Keller löst dieses Problem, indem er stärker auf die analytische Funktion des Diskursbegriffs abstellt: „Diskurs ist der Begriff für ein *unterscheidbares* Sprachspiel, das mit einer spezifischen Struktur typisierbaren Aussageereignissen zugrunde liegt“ (2008d: 207; Hervorh. nicht im Original). Durch wen ist der Diskurs aber unterscheidbar? Und wie? *Der* Diskurs bietet die Kriterien seiner Unterscheidbarkeit nicht von sich aus an, er muss aus dem unüberschaubaren kommunikativen Treiben erst aktiv herausgelöst werden. Folgerichtig findet Keller also schließlich zu einer in diesem Sinne analytischen Definition des Diskurses als

„[e]ine[r] nach unterschiedlichen Kriterien abgrenzbare[n] Aussagepraxis bzw. Gesamtheit von Aussageereignissen, die im Hinblick auf institutionell stabilisierte gemeinsame Strukturmuster, Praktiken, Regeln und Ressourcen der Bedeutungserzeugung untersucht werden“ (2007: 64, 2008d: ausführlich 235ff.).

Der Diskurs ist also immer *ein* Diskurs, der in der Analyseperspektive des Betrachters/des Forschers sich als Gegenstand erst konstituiert. Laut Keller ist der Diskurs also keineswegs als ontologische Einheit zu verstehen, sondern als theoretisches Kriterium zur Analyse und Ordnung von Daten, gewissermaßen eine notwendige Ausgangshypothese für die empirische Forschung: „Die Frage danach, ab wann bzw. auf welcher Ebene von einem Diskurs gesprochen werden

45 Nämlich im Grunde schon seit der *Ordnung des Diskurses* (Foucault 2007), worin stärker auf Subjektpositionen, Machtrelationen und ihre diskursiven Wirkungen abgestellt wird.

46 Hier wird bei Foucaults durch den französischen (Post-)Strukturalismus geprägten Diskursbegriff angesetzt. Eine ausführlichere etymologische Darstellung der Wortherkunft findet sich bei Keller (2008c: 99-102, 2007: 13-17) sowie bei Frank (1988: 25f.). Weitere zum Teil divergierende Diskursdefinitionen bieten beispielsweise Bublitz (2006: 228), Nullmeier (2006: 306), Hirsland/Schneider (2006: 392), Hajer (2008: 275), Fairclough (2007: 3) etc.

kann, lässt sich nicht unabhängig von den jeweiligen Forschungsinteressen formulieren“ (Keller 2007: 80, s. auch 2005: 6, Keller/Viehöver 2006: 107, Knoblauch 2006: 216).

Ich möchte an der von Keller formulierten Vorstellung festhalten und sie mit Blick auf den Gegenstand dieser Untersuchung noch zuspitzen. Obwohl ein Diskurs mithin durchaus real ist und einer empirischen Untersuchung unterzogen werden kann, gibt es nicht *den* Diskurs. Der Diskursbegriff bedarf weiterer Spezifizierungen, um als analytische Kategorie sinnvoll eingesetzt werden zu können. Es kommt mithin auf die ihm verliehene Attribution an. Um einen konkreten Forschungsgegenstand zu beschreiben, bedarf der Diskurs (wenigstens) eines Attributs.⁴⁷ Das kann z.B. ein funktionales Attribut sein, und es kann von einem medizinischen Diskurs die Rede sein, es kann geographisch oder regional sein, dann wird beispielsweise vom spanischen Diskurs gesprochen, eine thematische Bestimmung, wenn der außenpolitische Diskurs gemeint ist, usw. (vgl. Keller 2007: 81). Verschiedenartige Attributionen können freilich auch kombiniert werden. So hat die Rede von einem spanischen Europadiskurs oder dem medizinischen Diskurs in Frankreich durchaus Sinn. So kann jedes hinzugefügte Attribut den analytischen Fokus enger stellen. Auf diese Weise abstrahiert, sagt der Diskursbegriff zunächst nur etwas über die theoretisch geleitete analytische Herangehensweise an kommunikative Prozesse aus.

Die diskursive Strukturierung der Referendumsdebatten

Was den eigentlichen Gegenstand der vorliegenden Untersuchung betrifft, so wird er (jede der drei Debatten) durch den Term Diskurs zunächst also lediglich als Kommunikationszusammenhang, in dem symbolische Interaktion vonstattengeht, ausgewiesen. Dazu zeigt der Begriff die theoretische Perspektive an und legt die zu analysierenden Bestandteile als Aussagen fest. Jede weitere Information über den Gegenstand ergibt sich aus der Attribution. Für die vorliegende Studie wird ein sehr spezifischer Diskursbegriff gewählt. Seine grundlegende Spezifizierung resultiert aus der in zweifacher Hinsicht besonderen Referendumssituation, nämlich zum einen der allgemeinen Konfliktkonstellation von Wahlkämpfen, zum anderen der darüber hinaus noch einmal zugespitzten binären Entscheidungskonfiguration in Volksabstimmungen. Daraus folgt zunächst die Annahme, dass jede für das Forschungsinteresse dieser Untersuchung relevante Aussage explizit oder implizit, eher mehr als weniger deutlich ihre persuasive Absicht, sei es in Richtung Zustimmung oder Ablehnung, zu erkennen gibt. Für die Diskursanalyse ergibt sich daraus eine ganz basale Distinktion zwischen

⁴⁷ In seiner die theoretische Richtung der Untersuchung indizierenden Platzhalterfunktion für einen noch näher zu identifizierenden Zusammenhang ist der Diskursbegriff dem Systembegriff nicht unähnlich. So wie es nicht *den* Diskurs gibt, existiert eben auch nicht *das* System.

einem Ja-Diskurs sowie einem Nein-Diskurs, die unmittelbar aus der binären Persuasionslogik von Referenden resultiert.

Diese erste Zerlegung der Debatten ist aber mehr als nur ein willkürlich vollzogener Analyseschritt. Sie steht in Verbindung mit einer einfachen strukturalistischen Annahme zu Referendumsdebatten, nämlich dass diese immer und grundsätzlich aus einem Ja- sowie einem Nein-Diskurs bestehen.⁴⁸ Diese Annahme mag simplistisch sein, aber sie ist gerade für die durch starke teleologische Fortschrittserwartungen geprägte europapolitische Diskussion von großer theoretischer Bedeutung. Ein Abstimmungsgegenstand, ein Vorschlag in einem Referendum mag noch so gut, so richtig, so alternativlos erscheinen,⁴⁹ seine Ablehnung noch so naiv, so rückwärtsgewandt, so nationalistisch,⁵⁰ es wird doch immer ein Ja und ein Nein geben. Die binäre Logik von Referenden erlaubt (wenigstens) zwei Antwortmöglichkeiten, die auch artikuliert werden, ganz gleich von wem. Wo Zuspruch, da auch Widerspruch; beide diskursiven Optionen werden realisiert. Dies gilt gewiss für allgemein-öffentliche Diskurse und die politische Arena in direktdemokratischen Situationen, in denen die üblichen Artikulationsfilter und Zugangsbeschränkungen repräsentativ-parlamentarischer Dispositive ihrer Wirkung zumindest weitgehend entzogen sind.

Während der Ja-Diskurs also nur solche Aussagen umfasst, die ein Ja im Referendum begründen sollen, sind mit Nein-Diskurs all diejenigen Aussagen gemeint, die mehr oder minder direkt für ein Nein in der Abstimmung werben. Damit gibt also jede analyserelevante Aussage implizit oder explizit ihre strategische Zugehörigkeit zu einem Argument im Wahlkampf zu erkennen. Jede analysierte Aussage führt zu einer potentiellen Antwort auf die Frage zur Abstimmung – vereinfacht: Sind Sie für oder gegen die Vertragsreform? Den essentiellen Sätzen Foucaultscher Diskurstheorie folgend, ist mithin sowohl für den Ja- als auch den Nein-Diskurs einer jeden Referendumsdebatte jeweils eine endliche Menge von Aussagen zu identifizieren, die sich im Rahmen dieser Analyse wiederum zu Argumenten zusammenfassen lassen.

Das Argument ist dabei eine Kategorie, die nicht unmittelbar aus der von Foucault entwickelten interpretativen Analytik hervorgeht und auch nicht im Rahmen der WDA eingeführt wird. Für die Wahlkampfanalyse kann auf einen Begriff des Arguments aber vernünftigerweise nicht verzichtet werden, auch um anschlussfähig an die übrige Referendumsforschung zu bleiben (vgl. hierzu und zur Abgrenzung von anderen Verwendungen des Begriffs Schünemann 2013:

48 Zusätzlich ist ein neutraler Diskurs zu erwarten, der in dieser Untersuchung allerdings weitestgehend vernachlässigt wird, da für ihn nicht die gleiche Wirkung auf die politische Auseinandersetzung anzunehmen ist.

49 Hier stellt sich natürlich die Frage, wem.

50 Und umgekehrt; Vorschlag und Ablehnung können je nach Sprecherposition natürlich mit ein- und denselben Attributen versehen werden. Außerdem sind viele andere denkbar. Tatsächlich handelt es sich ja nicht um objektiv gültige Zuschreibungen, sondern um standortabhängige Deutungsmuster (s. Abschnitt 2.2.2).

73). Siegfried Jäger hat für seine *Kritische Diskursanalyse* das Konzept des Diskursstrangs eingeführt, das für diese Studie übernommen werden soll. Jäger definiert Diskursstränge als „*thematisch einheitliche Diskursverläufe*“ (2006: 98), womit ihre diachrone Dimension klar angezeigt wird. Das Konzept lässt sich an einem Beispiel verdeutlichen: Der außenpolitische Diskurs Irlands ist in langer historischer Tradition geprägt worden – dies steht im Einklang mit dem Diskursbegriff der Kritischen Diskursanalyse als „‘Fluß von Wissen‘ bzw. ‚sozialen Wissensvorräten durch die Zeit‘, (ebd.: 86). Von der synchronen Betrachtungsperspektive auf den irischen Ja-Diskurs aus stellt der irische außenpolitische Diskurs *nur einen* thematischen Diskursstrang (unter vielen anderen) dar, wobei sich an der gemeinsamen Schnittstelle gewissermaßen eine spezifisch-strategische Aussagepraxis herausbildet, die sich als *Außenpolitisches Argument* (APA) des irischen Referendumswahlkampfes bezeichnen lässt. Die Aussagepraxis der Akteure richtet sich also an den thematischen Traditionen, den Diskurssträngen, aus und verknüpft sie mit dem konkreten Abstimmungsgegenstand (gegenstandsabhängige Aktualisierung). Auf diese Weise entstehen Argumente im Wahlkampf. Die übergeordnete analytische Kategorie des Arguments bringt Aussagen also in einen Zusammenhang zu unabhängig von der aktuellen Konfliktsituation gesellschaftlich diskutierten Themen und steht in der Analyse folglich für den Themenbezug. Für jedes Referendum ergeben sich Argumentenkataloge, die einen ersten, noch recht strukturalistisch anmutenden Vergleich der Debatten ermöglichen. Tabelle 6 führt zur Veranschaulichung schon an dieser Stelle alle im Rahmen der Untersuchung analysierten Argumente auf.

Tabelle 6: Argumente in den Referendumsdebatten

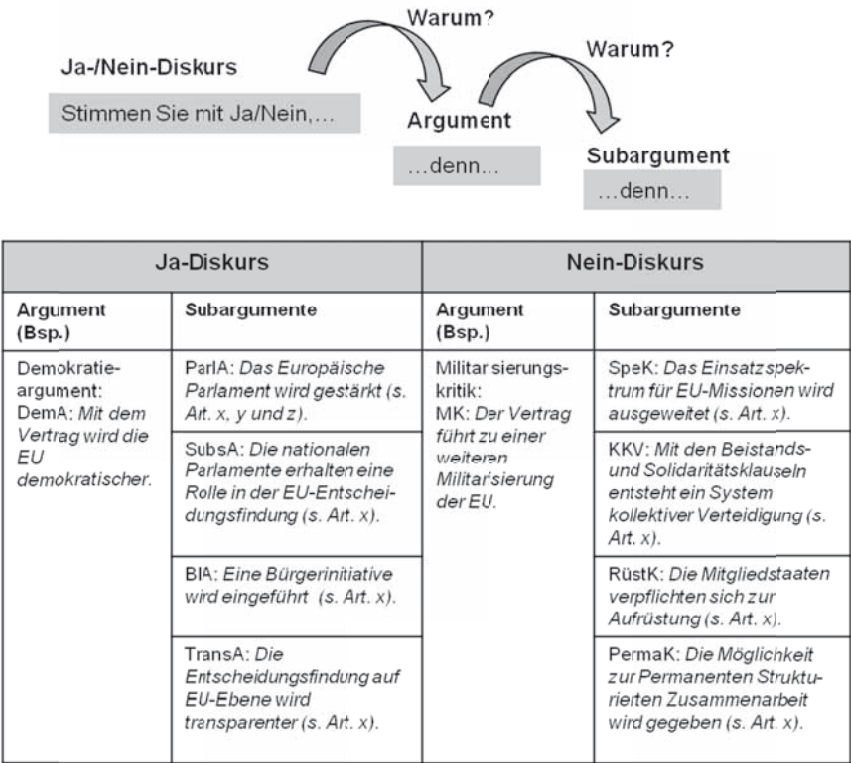
Ja-Argumente – Sagen Sie ja zum Vertrag, denn...		Nein-Argumente – Sagen Sie nein zum Vertrag, denn...	
Argument	Kernaussage	Argument	Kernaussage
Außenpolitisches Argument (APA)	...er steigert die außenpolitische Wirkung und Durchsetzungsfähigkeit der EU.	Agrarpolitische Kritik (AgraK)	...er schadet der nat. Landwirtschaft/wirft die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zurück.
Chartaar-gument (ChartA)	...er garantiert den Grundrechtsschutz.	Demokratiedefizitkritik (DDK)	...das Demokratiedefizit wird nicht abgebaut bzw. sogar noch verschärft.
Demokratieargument (DemA)	...er steigert die demokratische Legitimität der EU-Politik.	Einflussargument (InflA)	...er schwächt die Einflussposition des Landes in der EU-Entscheidungsfindung.
Historisches Argument (HistA)	...die europäische Einigung hat den Menschen Frieden, Sicherheit, Demokratie und Wohlstand gebracht.	Erweiterungskritik (ErwK)	...er verstetigt die schädliche Erweiterungsdynamik, anstatt sie aufzuhalten.
Institutionelles Argument (InstA)	...er verbessert die Funktionsfähigkeit und Zielerreichung der EU.	Militarisierungskritik (MK)	...er befördert die Militarisierung der Europäischen Union.
Konsequentialistisches Argument (KonsA)	...eine Ablehnung schadet dem Land und der Gemeinschaft.	Neoliberalismuskritik (NLK)	...mit ihm kommt die neoliberale Ideologie in der EU-Politik noch stärker zum Tragen.
Ökologisches Argument (ÖA)	...er verbessert die Möglichkeiten einer gemeinschaftlichen und effektiven Umweltpolitik.	Plan B-Argument (PlanB)	...eine vorteilhafte Alternativlösung, ein Plan B, ist erreichbar.
Sicherheitsargument (SichA)	...er ist gut für die Sicherheit Europas und des Landes.	Ökologische Kritik (ÖK)	...ist schlecht für den Umweltschutz.
Sozialpolitisches Argument (SPA)	...er fördert die sozialpolitische Entwicklung der Gemeinschaft.	Souveränitätsargument (SouvA)	...er bedeutet einen weiteren wesentlichen Verlust nationaler Souveränität und das Ende staatlicher Unabhängigkeit.
Wirtschaftsargument (WA)	...die Ratifizierung dient der nationalen Wirtschaftsentwicklung.	Sozialethische Kritik (SEK)	...er gefährdet die nationale Werteordnung.
		Wirtschaftskritik (WK)	...er schadet der nationalen Wirtschaftsentwicklung.

Quelle: eigene Darstellung

Um aber die bisher nur knapp umrissenen logischen Prämissen des gesamten strukturanalytischen Rahmens besser nachvollziehen zu können, möchte ich sie anhand zweier in den Debatten häufig artikulierter Argumente illustrieren. Zum einen stellt das so genannte *Demokratieargument* (DemA) eine zentrale Begründungsfigur des Ja-Lagers dar. Das DemA kann zu folgender Kernaussage ver-

dichtet werden: *Stimmen Sie mit Ja, denn mit dem Vertrag wird die EU demokratischer.* Zum anderen kann als in allen Debatten artikuliertes, häufiges Argument der Vertragsgegner die *Militarisierungskritik (MK)* gelten, mit ihrer Kernaussage: *Stimmen Sie mit Nein, denn der Vertrag führt zu einer weiteren Militarisierung der EU.* Wie die ausführliche Diskursanalyse zeigen wird, kann für jede Debatte eine Reihe derartiger übergeordneter Argumente identifiziert werden. Ihre Anzahl ist jeweils überschaubar. Auf dieser Ebene der Persuasion lassen sich zudem nur wenige Differenzen zwischen den nationalen Debatten beobachten.

Abbildung 5: Persuasive Ebenen



Quelle: eigene Darstellung

Für die Analyse sind diese Argumentenkataloge aber noch nicht ausreichend. Die bloße Freilegung der wesentlichen Argumente und ihrer Kernaussagen verbliebe zu sehr an der Oberfläche, um die eigentlichen Unterschiede zwischen den diskursiven Prozessen und evtl. länderspezifische Aussagen- und Deutungsmus-

ter, die sog. *Soziosynkrasien* (s. Abschnitt 2.2.2), zu identifizieren. Die Analyse muss, bildlich gesprochen, noch eine Ebene tiefer, auf die zweite persuasive Ebene hinabsteigen, oder anders formuliert: sich von der Behauptungsebene auf die Begründungsebene fortbewegen. Denn angenommen, ein Wähler erhielte auf seine Frage, warum er für den Vertrag stimmen solle, das DemA zur Antwort, wäre seine wahrscheinliche Reaktion ein zweites Warum: Warum oder auch: inwiefern wird die EU durch den Vertrag demokratischer? Auf dieser Begründungsebene lassen sich erneut wiederkehrende Aussagen oder auch Subargumente der Debatte identifizieren, zum Beispiel die folgende Begründung: *Die EU wird demokratischer, weil das Europäische Parlament gestärkt wird (s. Artikel x, y und z)*. Ein weiteres Subargument des DemA ist: *Die EU wird demokratischer, weil mit dem Vertrag eine Bürgerinitiative eingeführt wird (s. Artikel x)*.

Auf der anderen Seite, also für die MK, wäre ein mögliches und beobachtbares Subargument: *Der Vertrag führt zu einer weiteren Militarisierung der EU, denn die Mitgliedstaaten verpflichten sich zur Aufrüstung (Art. x)*, oder: *...denn das Einsatzspektrum für EU-Missionen wird ausgeweitet (Art. y)*. Auch für die Analyse der Begründungsebene ist für jedes Hauptargument eine begrenzte Anzahl von Subargumenten zu erwarten, die mittels Diskursanalyse zu ermitteln und dann zu vergleichen sind. Abbildung 5 veranschaulicht noch einmal die theoretische Konstruktion der persuasiven Ebenen.

Über die analytische Differenzierung der persuasiven Ebenen und damit auch von Argumenten und Subargumenten hinaus ist es hilfreich, eine weitere, davon unabhängige grundlegende Klassifizierung der zu analysierenden Argumente vorzunehmen.

Als Ausgangspunkt können die oben genannten Hypothesen 1 und 2 dienen. Die Hypothese des gegenstandsbezogenen Wahlkampfs (*issue voting*) und die Hypothese der nationalen Nebenwahl (*second order*) erscheinen noch problematisch, weil keine klaren Kriterien vorliegen, was als gegenstandsbezogen und was als gegenstandsunabhängig zu bewerten ist. Wird *second order* im eigentlichen Sinne allein auf die Performanz nationaler Regierungen und politischer Parteien bezogen, könnte sich die Suche auf solche Aussagen beschränken, die diese tatsächlich zum Thema machen. Insbesondere sind das die Aktualisierungen des sog. *Vote Sanction*-Arguments (s. Teil III, Abschnitt 8.2.4), das nahezu ausschließlich in der französischen Debatte auftaucht. In der Literatur zu EU-Referenden wird das *second order*-Kriterium allerdings mal weiter, mal enger gefasst. Ein weiteres Verständnis umfasst dann auch solche durchaus europapolitischen Themen und Streiffragen, die von der konkreten Vertragsreform – angeblich – nicht erfasst würden. Für die vorliegende Untersuchung der beiden Hypothesen soll deshalb der im Rahmen eines Arguments realisierte Vertragsbezug das *Issue voting*-Kriterium bilden. Es wird mithin auf den tatsächlichen Vertragsgegenstand eingegrenzt, weil nur damit ein objektiv überprüfbares Kriterium besteht.

Zwei Klassen von Argumenten lassen sich nach dem Kriterium des Vertragsbezugs unterscheiden: *Vertragsargumente* und *Metaargumente*. Eine dritte Klasse ergibt sich aus der strategischen Funktion im Wahlkampf: das *Gegenargument*.

- Als *Vertragsargumente* sind solche Aussagenzusammenhänge zu verstehen, die sich auf konkrete Inhalte des Abstimmungsgegenstands, also des Vertragswerks (Artikel, Protokolle, Erklärungen) beziehen. Sie treten am häufigsten auf. Die bereits genannten Beispiele, das Demokratieargument der Befürworter oder die Militarisierungskritik der Gegner, können beide als Vertragsargumente angesehen werden. Mit dem grundlegenden Klassifikationskriterium soll keineswegs bestritten werden, dass auch diese Argumente in der Regel an gegenstands- und situationsunabhängig beobachtbare Diskursstränge und fortlaufende Erzählungen innerhalb der diskursiven Formation anknüpfen, allerdings geschieht diese Aktualisierung auf der Grundlage eines konkreten Vertragsbezugs.
- Als *Metaargumente* werden solche Aussagenzusammenhänge bezeichnet, die sich nicht auf konkrete Vertragsinhalte beziehen, sondern Aussagen über allgemeine Hintergründe, Entwicklungen und Konsequenzen enthalten. Sie stehen häufig in Verbindung mit übergeordneten Narrativen. Die Warnung z.B. vor einem Ansehensverlust des eigenen Landes bei den europäischen Partnern oder auf der globalen Bühne durch eine Ablehnung des Vertragswerks im Referendum kommt ganz ohne Textbezug aus und wird stattdessen allein durch die unterstellten negativen Konsequenzen einer ‚falschen‘ Wahl begründet. Dieses so genannte *Konsequentialistische Argument* ist ein in allen untersuchten Ja-Diskursen häufig zu beobachtendes Aussagemuster und ist das dominante Metaargument der Debatte. Auch das *PlanB*-Argument der Vertragsgegner kann als Metaargument interpretiert werden.
- Als *Gegenargumente* können schließlich solche Aussagenzusammenhänge gelten, die Argumenten der jeweiligen Gegenseite direkt widersprechen, oft sogar unter expliziter Nennung derselben. Gegenargumente sind ein allfälliger Bestandteil der Referendumsdebatten. Viele Argumente erfüllen wechselseitig die Funktion von Gegenargumenten, ohne als solche klassifiziert zu werden. Es lassen sich jedoch reine Gegenargumente identifizieren, die keinen genuinen Aussagengehalt haben, die sich also nicht in einer eigenen Kernaussage verdichten lassen. Das Distinktionskriterium für solche Argumente ist hier also die Unmöglichkeit, eine genuine Kernaussage zu rekonstruieren.

2.2.2 Wissenssoziologische Strukturelemente

Deutungsmuster und Narrative

Bisher hat sich der gegenstandsadäquate Zuschnitt der WDA vor allem auf die diskursanalytischen Instrumente beschränkt. Dabei verortet Keller sein Forschungsprogramm überwiegend in der wissenssoziologischen Tradition. Mit verschiedenen Konzepten gibt die WDA ihre sozialkonstruktivistische oder wissenssoziologische Abstammung deutlich zu erkennen. Keller schlägt verschiedene Begrifflichkeiten zur Analyse der inhaltlichen Strukturierung von Diskursen vor, nämlich Deutungsmuster, Klassifikationen⁵¹, Phänomenstrukturen⁵² und narrative Strukturen. Die vorliegende Untersuchung übernimmt diesen aus der wissenssoziologischen Tradition abgeleiteten Katalog von inhaltlichen Zugängen zu Diskursen nur teilweise, nämlich allein die Deutungsmuster und narrativen Strukturen, weil nur diese Elemente für ihre begrenzten Analysezwecke sinnvoll erscheinen.

In vielen Texten der Referendumsdebatten lassen sich wiederkehrende narrative Strukturen (im Folgenden: Narrative) identifizieren. Narrative können als eine Kombination von Aussagen definiert werden, die zeitlich geordnet, d.h. entlang einer *story line* oder eines Plots, organisiert sind und im Wesentlichen eine Geschichte erzählen. Sie enthalten oder implizieren also einen Beginn und ein Ende sowie eine Entwicklung dazwischen und zeichnen sich überdies durch meist markante *Figurenkonstellationen* aus (vgl. Viehöver 2006, Keller 2008c: 251-252, Fairclough 2007: 83ff.). Das von Gilbert (2008) diagnostizierte progressive Narrativ der EU-Integration z.B. stellt ein ausgesprochen vielfach aktualisiertes Narrativ in den Referendumsdebatten dar und steht in enger Verbindung mit verschiedenen Argumenten. Ein anderes Beispiel für ein stärker innerhalb einer nationalen Diskursgemeinschaft entwickeltes und tradiertes – also *sozio-synkratisches* (s. unten) – Narrativ ist die Erzählung vom *Celtic Tiger*, also der märchenhaften Transformation Irlands vom ‚poor man‘ zum ‚shining light‘ Europas; oder die umgekehrte Geschichte vom steten Niedergang, die sich viele Franzosen zu Beginn des 21. Jahrhunderts erzählten, angesichts einer wahrgenommenen Entwicklung von der ‚grande nation‘ zu „la France qui tombe“ (Baverez 2003).

51 Als Klassifikationen können gesellschaftlich objektivierte Typisierungsraster und Schemata zur Einordnung von Ereignissen, Phänomenen, Arten etc. gelten (vgl. Keller 2008d: 243-248).

52 Die Vorstellung von Phänomenstrukturen leitet Keller vor allem aus der im Symbolischen Interaktionismus (Problemdimensionen) behandelten Karriere sozialer Probleme ab. Für solche Beispiele, die nur durch eine genealogische Untersuchung zu gewinnen sind, lassen sich übergeordnete, mehrdimensionale Erfassungsschemata für gesellschaftlich einzuordnende Sachverhalte rekonstruieren (vgl. Keller 2008d: 248-251).

Das wichtigste Konzept in dieser Reihe – zumindest für die Zwecke dieser Untersuchung – ist zweifellos das Deutungsmuster.⁵³ Wie oben bereits, angeführt, dürfen Deutungsmuster nicht wie der verwandte Begriff des Rahmens oder *frame* als bloße willkürlich zur Wählermanipulation eingesetzte Kampagneninstrumente wahlkämpfender Akteure missverstanden werden. Deutungsmuster weisen vielmehr auf gemeinsame Überzeugungen, geteiltes Wissen hin, die von sozialen Akteuren im Wahlkampf artikuliert werden. Elektorales Kalkül und das zunehmend entlang von Marketing-Prozessen *professionalisierte* Wahlkampfgeschehen mögen gewiss zu rhetorischen Zuspitzungen und Übertreibungen beitragen, vielleicht gar zu Neu- und Umpositionierungen, in Verbindung mit spektakulären Äußerungen mit hohem Nachrichtenwert. Jede strategische Rahmenwahl ist aber durch die Position eines kollektiven Akteurs und die von ihm vertretenen Wissensbestände prinzipiell begrenzt. Durchaus im Sinne der von Goffman ursprünglich zur Einführung des Rahmenkonzepts formulierten Fragestellung: „Was geht hier eigentlich vor?“ (1980: 16), die er freilich primär auf die Motivation individuellen Handelns bezieht, beschreibt Keller Deutungsmuster als „grundlegende bedeutungsgenerierende Schemata, die durch Diskurse verbreitet werden und nahe legen, worum es sich bei einem Phänomen handelt“ (2008d: 243, s. auch Deutungsmusterbegriff bei Goffman 1980: 37). Diskurse sind als der „soziale Ort“ (Donati 2006: 154) zu verstehen, an dem Deutungsmuster als in symbolischer Repräsentation verfügbar gemachte Realitätsdefinitionen miteinander konkurrieren (vgl. auch Hajer 1995: 59).

Wer spricht? – der wissenssoziologische Akteursbezug

Das Deutungsmuster ist freilich in ganz besonderer Weise mit der Vorstellung eines wahrnehmenden Akteurs verbunden, die sich nur schwer in Einklang mit Foucaults Theorie bringen lässt.⁵⁴ In der *Archäologie* richtet sich zwar auch Foucaults Blick zunächst auf den sog. Sprecher und die Frage *wer spricht* scheint auch für seine Untersuchung von Bedeutung zu sein (vgl. Foucault 1981: 75). Ihm geht es dabei aber um die gesellschaftliche Stellung des Sprechers, um Machtbeziehungen und die dadurch hervorgerufenen Verknappungsprozesse innerhalb der diskursiven Praxis. Das eigentliche *wer spricht* verblasst also hin-

53 M.E. bildet das Deutungsmuster auch eine übergeordnete Kategorie, die die übrigen drei Zugänge zur inhaltlichen Strukturierung in sich aufnehmen kann.

54 Eine ausführliche Schilderung der poststrukturalistischen Verweigerungshaltung gegenüber einem Akteurs- und Subjektbegriff findet sich bei Keller (2008c: 209ff.). Keller zeigt allerdings auch anhand des *Pierre Rivière* (Foucault 1994), der von Foucault herausgegebenen unter anderem von ihm selbst kommentierten Materialsammlung zu einem Kriminalfall aus dem Jahr 1835, dass zumindest der hierin dargestellte Deutungskampf sich mit einer Orientierung an den unterschiedlichen Interpretationen sozialer Akteure durchaus vereinbaren lässt (Keller 2008d: 147-148). In seiner Theorieentwicklung ist Foucault dennoch freilich einen anderen Weg gegangen.

ter dem *wovon aus wird gesprochen*: „»Egal, wer spricht“ doch was er sagt, sagt er nicht von irgendwo aus. Er ist notwendig in das Spiel einer Äußerlichkeit eingefangen“ (ebd.: 178). Die jeweilige Subjekt- oder Sprecherposition spielt für die Diskursanalyse also durchaus eine Rolle, die diskursiven Ereignisse können aber nicht ursächlich auf den einzelnen Akteur zurückgeführt werden:

„Der so begriffene Diskurs ist nicht die majestätisch abgewinkelte Manifestation eines denkenden, erkennenden und es aussprechenden Subjekts: Im Gegenteil handelt es sich um eine Gesamtheit, worin die Verstreuung des Subjekts und seine Diskontinuität mit sich selbst sich bestimmen können. Es ist ein Raum der Äußerlichkeit, in dem sich ein Netz von unterschiedlichen Plätzen entfaltet“ (ebd.: 82).

Mit anderen Worten heißt das, dass die diskursive Praxis nicht auf das „erkennende Subjekt“ oder eine „psychologische Individualität“ zurückzuführen ist. Sie ist nicht „auf das intentionale Handeln von Sprechern reduzierbar [], sondern durch institutionell stabilisierte Regeln und Ordnungen der Diskurse geformt“ (Keller 2008c: 127). Für die Einheit des Diskurses bedeutet dies, dass die Aussage ihre materielle Existenz auch ohne den *einzelnen* Sprecher hat. Mit Foucault ließe sich also formulieren: Die Aussage ist in der Welt, wird dort geformt und verändert, dies jedoch nach Regeln, die das Subjekt nicht beherrscht (vgl. Foucault 1981: 165).⁵⁵ Als Beispiel aus dem Gegenstandsbereich dieser Untersuchung mag der ehemalige französische Premierminister und PS-Politiker Laurent Fabius dienen: Seine ratifizierungsfeindlichen Aussagen werden nach dieser (post-)strukturalistischen Logik also nicht durch dessen Kalkül – z.B. seine Präsidentschaftsambitionen für das Jahr 2007 – hervorgerufen und erzeugt, sondern sie sind schon da und er bedient sich ihrer, er ruft sie ab, eignet sie sich an – das ist etwas grundlegend anderes. Gewiss tut er dies aus irgendeinem, für die Diskursanalyse nicht weiter relevanten Kalkül, die Aussagen aber existieren auch ohne das kalkulierende Individuum und würden auch ohne seine – für einen französischen Spitzenpolitiker nicht ungewöhnlichen – Karriereambitionen – wenn auch vielleicht nicht von ihm selbst – geäußert (vgl. hierzu ebd.: 93). Eine solche Perspektive mag für die in der Regel akteurszentrierte und rationalistisch argumentierende Politikwissenschaft besonders herausfordernd sein, sie ist aber ausgesprochen hilfreich, um die irreführende, sich in vielen politikwissenschaftlichen Arbeiten ausdrückende Tendenz, gesellschaftliche Prozesse durch oft völlig selektiv getätigte Mutmaßungen über die *eigentlichen, tatsächlichen* Motive handelnder Akteure von vornherein zu untergraben. In diesem Sinne betont Keller, dass die WDA sich generell für Akteure „nicht als individuelle Subjekte, sondern als soziale Rollenträger“ interessiert: „Als Subjekte vermögen sie [die Akteure, WJS] nebenbei alle möglichen anderen individuellen Interessen zu verfolgen, doch dies ist nicht Gegenstand der Diskursanalyse“ (2008d: 253).

55 Keller bezeichnet Foucaults Ansatz als „*Diskurskonstruktivismus ohne Konstrukteure*“ (2008d: 98 u. 128).

Auf der anderen Seite aber sind Akteure und Sprecher beispielsweise in der Referendumsdebatte nicht lediglich als für sich unbedeutende *Materialisierungsmaschinen* und Zeichenträger zu verstehen, die strukturell prädestinierte Äußerungen von sich geben. Die vorhandenen Strukturen präfigurieren das diskursive Verhalten der Akteure maßgeblich, aber legen es nicht gänzlich fest (vgl. Keller 2008c: 255, Diez 1999b: 611, Fairclough 2007: 22). Vielmehr – und hier erlangt die sozialkonstruktivistische Perspektive ihre Bedeutung für die vorliegende Studie – wird angenommen, dass individuelle Sprecher in soziale Kontexte und Gruppen eingebunden sind, die ihnen die jeweiligen kollektiven Wissensbestände, die zur Einordnung und Bewertung des Ratifizierungsvorhabens nötig sind, zugänglich machen. Diese Wissensbestände werden in der Referendumsdebatte reproduziert, aktualisiert und können auch verändert werden. Individuelle Sprecher „agieren [] als mehr oder weniger eigen-willige Interpreten dieser Wissensvorräte“ (Keller 2008c: 221). Die diskursive Konstruktion der Wirklichkeit selbst ist also abhängig sowohl von der jeweiligen Sprecherposition als auch der Tätigkeit der Sprecher, womit ein Untersuchungsfokus zumindest auf die kollektiven Akteure als Gruppenumfeld individueller Sprecher zu richten ist. Keller weist diesbezüglich auf eine Leerstelle in der Foucaultschen Diskurstheorie hin. Foucault habe es demnach versäumt, den Zusammenhang zwischen dem einzelnen diskursiven Ereignis und der Gesamtstruktur eines Diskurses hinreichend zu konzeptualisieren. Dieser lässt sich nach Keller eben nur verstehen,

„wenn die Kategorie der sozialen Akteure eingeführt wird, die sich interpretierend auf soziale Konventionen und Institutionalisierungen diskursiver Praktiken beziehen. Erst dadurch wird deutlich, dass nicht der Diskurs sich selbst vollzieht, sondern dass er im praktischen Handeln sozialer Akteure produziert, reproduziert und transformiert wird“ (2007: 146).

Es muss als entscheidender Vorteil der WDA – gerade auch für die Politikanalyse und die Anschlussfähigkeit an politikwissenschaftliche Arbeiten – angesehen werden, dass sie in wissenssoziologischer Tradition soziale Akteure und ihre Wirklichkeit konstituierende Rolle in kollektiven Deutungs- und Kommunikationsprozessen besonders berücksichtigt und ihnen als eine Art „Vermittlungsinstanz zwischen Diskursen und Aussagenereignissen“ (Keller 2008c: 209) auch einen Platz in einer an Foucault orientierten Diskursvorstellung zuweist. Für den Diskurs selbst ist die durch soziale Akteure vorgenommene Vermittlungsleistung existentiell, da er sich schließlich nur über ihre Äußerungstätigkeit materialisiert: „Diskurse existieren nur insoweit, wie sie durch soziale Akteure realisiert werden“ (ebd.: 233, s. auch 253). Keller betont diese theoretische Weichenstellung, die er an anderer Stelle auch als „Soziologisierung der Foucaultschen Programmatik“ (ebd.: 186) bezeichnet, schon zu Beginn der Grundlegung seines Forschungsprogramms: Die WDA vermeide demnach

„die in Diskurstheorien implizierte Ontologisierung bzw. Verdinglichung der Diskurse durch die Einführung eines Akteurskonzepts, mit dem soziale Akteure sowohl als diskursiv konstitu-

ierte wie als regelinterpretierend Handelnde, als aktive Produzenten und Rezipienten von Diskursen verstanden werden“ (ebd.: 11).

Im Rahmen dieser Studie werden individuelle Debattenteilnehmer als Sprecher bezeichnet, auch um auf ihre Funktion im Wahlkampf hinzuweisen. Denn die Sprecher treten in aller Regel als Repräsentanten eines kollektiven Akteurs auf der öffentlichen Bühne auf, sei es einer Partei, einer dauerhaften Interessenvertretung oder einer sonstigen Kampagnenorganisation. All diese kollektiven Akteure besetzen sog. *Sprecherpositionen* innerhalb eines gegebenen diskursiven Felds (vgl. Diez 1999b: 603). Die einzelnen Sprecher der Debatten lassen sich als Repräsentanten kollektiver Akteure mithin einer solchen Sprecherposition zuordnen. Es wird ferner angenommen, dass die Sprecher ihre dargelegten Überzeugungen und ihr Gegenstandswissen aus den gemeinschaftlichen Deutungsprozessen innerhalb ihrer sozialen und professionellen Umgebung beziehen.

Insgesamt geht die vorliegende Untersuchung also auch von einer wechselseitigen Verknüpfung von Akteursverhalten und Strukturen aus.⁵⁶ Selbst individuelle Sprecher haben demnach mittels diskursiver Betätigung durchaus die Möglichkeit, kollektive Wissensbestände zu beeinflussen, Kausalannahmen und Überzeugungen zu verändern oder zu ersetzen. Dieser Aktivität, gar derartigen Abweichungen, sind allerdings auf der anderen Seite strukturelle Grenzen gesetzt. Eine zu weitgehende Distanzierung vom Sprachgebrauch und von den Wissensbeständen des kollektiven Akteurs, für den ein Sprecher spricht, kann dazu führen, dass er aufhört, als Repräsentant dieser Gruppe wahrgenommen zu werden, womit er seine eigentliche Sprecherposition – zumindest für die Dauer einer öffentlichen Debatte – verlässt. Die widerspenstigen Mitglieder der französischen *Parti Socialiste* verließen mit ihrer diskursiv vollzogenen Rebellion ihre eigentliche Sprecherposition und konnten infolgedessen nicht mehr als offizielle Sprecher der PS wahrgenommen werden. Damit verschwanden die bekannten Politiker aber mitnichten von der Bildfläche, vielmehr etablierten sie eine neue Sprecherposition im Lager der Vertragsgegner, die im Laufe der Kampagne gar mit einem Label als *Non Socialiste* versehen und entsprechend bekannt wurde. Die analytische Differenzierung zwischen individuellen Sprechern und kollektiven Akteuren als Repräsentation institutioneller Sprecherpositionen erlaubt auch die Beobachtung und Beschreibung ähnlicher Vorgänge in den übrigen Fallbeispielen; so z.B. die allmähliche Konstituierung der *Groep Wilders* in den Niederlanden, die zeitgleich mit dem Referendumswahlkampf verlief, oder die Bedeutung des *Libertas*-Instituts, mit dem sich in der irischen Referendumsdebatte eine neuartige Sprecherposition etablierte.

56 Für die sozialkonstruktivistischen Ansätze in der EU-Forschung sieht auch Rosamond (vgl. 1999: 658) das wichtigste Anliegen darin, eine klare Opposition von struktureller Ebene und Akteursebene aufzulösen. Diese Auflösung muss allerdings auf der Grundlage metatheoretischer Konsistenz geschehen. Darin liegt der Unterschied zum gemäßigten Konstruktivismus in der Integrations- und IB-Theorie.

Eine weitere wichtige wissenssoziologische Beobachtung ist die weiter oben bereits kurz angesprochene Tendenz der sozialen Akteure, entlang der referendumsbedingten Konfliktlinien sog. *Diskurskoalitionen* zu bilden. Als Diskurskoalition wird gemeinhin ein analytisch beobachtbarer Zusammenhang von Akteuren definiert, die sich in ihrer diskursiven Praxis auf eine gemeinsame sog. *story line*, ein Set von solchen *story lines* oder eine Problemnarration beziehen, jeweils verstanden als eine Art *roter Faden*, durch den verschiedene Deutungselemente in der diskursiven Praxis von Akteuren kombiniert werden (vgl. Keller 2006: 135, 2007: 64, 2008c: 234, Viehöver 2006: 187, Hajer 2008: 277): „Story-lines are [] seen as the discursive cement that keeps a discourse-coalition together“ (Hajer 1995: 65). Das Konzept der Diskurskoalition steht dem in der Policy-Forschung gebräuchlichen *Advocacy Coalitions*-Ansatz (vgl. Sabatier 1988, 1993, Sabatier/Jenkins-Smith 1999, s. auch Nullmeier 2006: 297ff., Kerchner 2006: 39-40) zwar nahe; während aber der AC-Ansatz dazu tendiert, die Koalitionsoption in seine teleologisch verzerrte Annahme des *policy-learning* zu überführen, ist die Diskurskoalition durchaus frei von jeder funktionalen oder rationalistischen Logik (Abgrenzung der Ansätze bei Hajer 1995: 68ff.).

Doch auch das in den wissenssoziologischen Diskursansätzen verwendete Konzept der Diskurskoalition, wonach „Akteure [] miteinander durch die Benutzung einer gemeinsamen *story line*“ koalitierten (Keller 2006: 136, vgl. auch 1998, 2007, 2008c, Hajer 1995) oder sie sich, wie Viehöver (2006: 189) es formuliert, „auf eine gemeinsame Narration“ stützten, muss noch an den diffusen und multithematischen Gegenstand einer Referendumsdebatte angepasst werden. In einem solchen Kontext den Rekurs auf eine insgesamt identische *story line* zu erwarten, wäre vermutlich ein zu striktes Kriterium. Außerdem ist der Begriff noch recht unscharf, nicht zuletzt, weil das Konzept der *story*, der Geschichte, unmittelbar auf eine andere Analysekategorie, nämlich das Narrativ verweist, das sich durch die ihm eigene Geschichtsstruktur auszeichnet. Den Platz der *story line* nimmt in dieser Untersuchung das sog. *kumulierte Argumentativ* ein, das als synoptisches Instrument die diffuse Aussagepraxis in Referenden zu einer theoretischen, in dieser Form von keinem Akteur tatsächlich artikulierten Gesamtargumentation eines Diskurses zusammenführt. Als Diskurskoalition kann also ein Zustand beschrieben werden, der sich durch die Annäherung verschiedener Akteure an dieses Argumentativ kennzeichnet. Damit sind Grade von Diskurskoalitionen denkbar. Die Diskurskoalition dient mithin als analytische Kategorie für die Kennzeichnung von Gruppierungen an der Debatte teilnehmender kollektiver Akteure, die unabhängig von ihren eigenen Kooperationsintentionen eine Fülle gemeinsamer Deutungsmuster aktualisieren und sich dadurch in ihrer Argumentation annähern.

Diskurskoalitionen sind sorgfältig von jeder Form einer intendierten Kampagnenkooperation zu unterscheiden. Letztere lassen sich freilich für alle Refe-

rendumsdebatten beobachten. So unterzeichneten viele Vertragsgegner auf der politischen Linken in der französischen Debatte einen gemeinsamen Appell, der von der *Fondation Copernic* aus lanciert worden war, den *Appel des 200*. In der niederländischen Debatte versuchte das *Comité Grondwet Nee* ebenfalls, die Kräfte der linken Kritiker zu bündeln. Einen ähnlichen Versuch unternahm hier, wenn auch weniger erfolgreich, die *Stichting Beter Europa* auf der Ja-Seite. In Irland brachte die CAEUC zahlreiche die Vertragsreform ablehnende Akteure der extremen Linken zusammen, im Ja-Lager koordinierte die *Irish Alliance for Europe* in Ansätzen die Wahlkampfaktivitäten der verschiedenen Akteure. Allerdings müssen solche Formen intendierter Kooperation vom Konzept der Diskurskoalition unterschieden werden. Dies wird deutlich, wenn man bedenkt, dass die genannten Beispiele für die Vertragsgegner jeweils nur die gemeinsamen Strukturen der extremen Linken umfassten, in keinem der Fälle kam es jedoch zu einer vergleichbaren Kooperation zwischen ihnen und den Vertragsgegnern der extremen Rechten. Im Gegenteil: Beide Seiten widersetzten sich geflissentlich jeder Teamarbeit und vermieden jede potentiell perzipierte Gemeinschaftlichkeit, wie sie in der Tat Inhalt vieler Diskreditierungsversuche von Seiten der Befürworter war.

Da Aussagen und Argumente in Referendumsdebatten, der Diskurstheorie Foucaults zufolge, eine endliche und damit knappe Ressource in der diskursiven Praxis darstellen, liegt die Annahme nahe, dass sich unter Umständen Diskurskoalitionen jenseits intendierter Kampagnenkooperationen herausbilden. Aus dieser theoretischen Annahme ergibt sich für die zuvor bereits vorformulierte Hypothese der heterogenen Koalition (H4) eine bedeutende Modifizierung. Meine Annahme bezüglich der empirisch beobachtbaren sog. *heterogenen Koalitionen* soll dahingehend präzisiert werden, dass, obwohl es in keinem der Fälle zu einer intendierten Kampagnenkooperation zwischen den ideologisch heterogenen Akteuren über die Bandbreite des politischen Spektrums hinweg gekommen ist, sehr wohl gewisse faktische Konvergenztendenzen in der Aussagepraxis beobachtet werden können, die weltanschaulich weit auseinander liegenden Akteure der extremen Linken und der extremen Rechten in ihrer gemeinsamen Ablehnung der Vertragsreform über die diskursive Praxis doch in nicht-intendierten Diskurskoalitionen zusammengefunden haben. Diese haben zwar genügend Raum für abweichende und gegensätzliche weltanschauliche Überzeugungen gelassen, aber wurden im Wesentlichen durch eine Reihe gemeinsam vertretener Argumente gekennzeichnet. Die Hypothese der heterogenen Koalition muss nun also wie folgt formuliert werden: *Obwohl Vertragsgegner der extremen Linken sowie der extremen Rechten in den Referendumswahlkämpfen nicht miteinander kooperieren, finden sie faktisch dennoch über die diskursive Praxis und gemeinsam artikuliert Argumente in ablehnenden Diskurskoalitionen zusammen* (H4, *Hypothese der heterogenen Koalition*).

Ein spezielles analytisches Interesse dieser Untersuchung liegt auf der Identifikation von so genannten *Soziosynkrasien*. Mit der Vorstellung dieses Konzepts schließt sich der Kreis der theoretischen Hinführung, indem ein Sammelbegriff für die länderspezifischen diskursiven Auffälligkeiten, die eingangs dieses Kapitels für die relativistische Verunsicherung des Analysten als verantwortlich bezeichnet worden sind, angeboten wird. Darüber hinaus lässt sich auch die Frage beantworten, wieso in den Umfrageuntersuchungen zu den Gründen des Ja- oder Nein-Votums in einem Land einige Abstimmungsmotive in den Fragebögen vorgegeben sind, die für das andere Land nicht auftauchen, weil sie von vornherein als bedeutungslos angenommen werden. Wenn die in der Regel sozialpsychologischem Vokabular verhafteten Wissenschaftler einer empirisch-quantitativen Forschungsrichtung derartige gesellschafts- oder populationsbedingte Auffälligkeiten ihrerseits zu begründen suchen, neigen sie vielfach dazu, von einer höheren oder niedrigeren Themensalienz (*issue salience*) im Wahlkampf zu sprechen. In Frankreich sei die Salienz für sozioökonomische Themen höher als in anderen Ländern, in den Niederlanden sei die Migrationsfrage besonders salient, und in Irland seien es sozialetische Themen. Wie zuvor an anderen Forschungsergebnissen gezeigt, gibt auch dieser Begriff vor, etwas zu erklären, bleibt dabei aber selbst ausgesprochen erklärungsbedürftig. Denn angenommen, dass der Franzose an Fragen von ökonomischer Gerechtigkeit überdurchschnittlich interessiert sei, dann liegt ihm eine solche Prädisposition ja nicht im Blut und lässt sich vermutlich auch nicht an seinen Hirnströmen ablesen. Vielmehr führt die Auffälligkeit in den Daten offensichtlich auf eine gesellschaftliche Bedingtheit, damit wieder auf wissenssoziologisch analysierbare Effekte und Diskurse als Datenquelle zurück.

Länderspezifische diskursive Auffälligkeiten, die sich z.B. in – für den fremdsozialisierten Analysten – *unerhörten*, oft allfälligen, mitunter geradezu hegemonialen Deutungsmustern und unwidersprochenen Überzeugungen manifestieren, gehen im Rahmen dieser Studie aus dem Debattenvergleich hervor und verweisen auf die einer nationalen Diskursgemeinschaft eigenen Wissensbestände. Sie werden mit dem Neologismus *Soziosynkrasie* markiert und bilden einen zentralen Grundstein auch für die integrationstheoretischen Überlegungen, die aus der empirischen Analyse abzuleiten sind. Der Begriff wird in Anlehnung an die Idiosynkrasie, verstanden in seiner sprachwissenschaftlichen Verwendung als eigentümlicher Sprachgebrauch eines Individuums oder einer Gruppe, gebildet, soll dabei durch die Vorsilbe „sozio“ aber die gesamtgesellschaftliche Gemeinsamkeit der identifizierten diskursiven Muster im Vergleich verschiedener Diskursgemeinschaften anzeigen. Pejorative Konnotationen des Wortes Idiosynkrasie, die auf die Gefährdung der Verständlichkeit hinweisen, dürfen dabei durchaus und ganz im Sinne der abschließend notierten integrationstheoretischen

Überlegungen auf das neue Konzept übertragen werden, wobei damit keine eigene normative Bewertung einhergehen soll.

Einige Soziosynkrasien werden dem Betrachter besonders deutlich am interkulturell stark variierenden Gebrauch von Kollektivsymbolen. Der Begriff Kollektivsymbolik entstammt einer literaturwissenschaftlichen Tradition der Diskursanalyse. Jürgen Link definiert Kollektivsymbolik als „die Gesamtheit der am weitesten verbreiteten Allegorien und Embleme, Vergleiche und metaphorae continuatae, Exempelfälle, anschaulichen Modelle und Analogien einer Kultur“ (2006: 413, s. auch 1988). Ähnlich wie die Salienzen (*issue saliences*) in der empirisch-quantitativen Wahlkampfforschung werden in der vorliegenden Untersuchung auch die identifizierten Soziosynkrasien überwiegend als statische Phänomene behandelt. Ihre soziohistorische Entstehung wird zwar reflektiert; dies geschieht aber eher oberflächlich und ist nicht Ausfluss der eigentlichen, in wissenschaftlicher Systematik erfolgten Analyse. Dennoch verweist die Begriffsbildung auf die diskursive Bedingtheit der ermittelten Auffälligkeiten und damit auch auf ihre diachrone Dimension. Eine ausführliche diachrone Betrachtung aller identifizierten Soziosynkrasien kann diese Arbeit nicht leisten, sie bietet allerdings zahlreiche Anknüpfungspunkte für genealogische Arbeiten oder baut bereits auf solchen auf.

2.3 Analytisch-methodisches Vorgehen

2.3.1 Textauswahl und -analyse

Die vorliegende Arbeit zeichnet sich durch ihre synchronische, ländervergleichende Forschungsperspektive aus. Ein klarer Vorteil der synchronischen Perspektive gegenüber genealogischen Studien besteht in der relativen Überschaubarkeit der relevanten Textproduktion. Zu jedem der Referenden wurde in einem ersten Schritt ein Textkorpus (F: 620; NL: 294; IRL: 528) zusammengestellt, „natürliche Daten“: Reden, Pressemitteilungen, Interviews von Personen, die in der Debatte als Sprecher aufgetreten sind. Obwohl sich der methodische Ansatz der Dissertation sowohl bei der Kodierungspraxis als auch der sukzessiven Entwicklung der Interpretationskategorien an den im Rahmen der *Grounded Theory* (Glaser/Strauss 2010, Strauss 1998, s. auch Oertzen 2006, Strübing 2004) entwickelten Forschungsstrategien orientiert, sollte mit der Textauswahl ein höherer Grad an Repräsentativität⁵⁷ erreicht werden, als es mit den zwar hilfreichen, aber

57 Hier ist nicht der Repräsentativitätsbegriff der empirisch-quantitativen Sozialforschung gemeint, der sich an stochastischen Regeln der großen Zahlen orientiert. Dennoch muss sichergestellt werden, dass eine zitierte Äußerung nicht willkürlich gewählt wird, sondern tatsächlich eine Aussage, ein Muster gesellschaftlichen Sprachgebrauchs repräsentiert. Die Anerkennung der Musterhaftigkeit einer zitierten Wendung lässt sich nur erreichen, wenn schon an die Textauswahl plausible Repräsentativitätskriterien angelegt worden sind.

doch behelfsmäßigen Kontrastierungsverfahren und der letztlich immer ungewissen Annahme der *Sättigung* möglich wäre (vgl. zum theoretischen Sampling Glaser/Strauss 2010: 61-91, s. zu den Verfahren der Textreduktion auch Keller 2007: 87ff.). Das Textkorpus für diese Studie wurde durch eine Gesamtaufnahme der wie folgt dreifach eingeschränkten Textproduktion gebildet:

- *Zeitraum*: Zum Ersten wurden für jede Referendumsdebatte feste Zeiträume bestimmt, die anhand des Hintergrundwissens über die jeweiligen historischen Ereignisse begründet werden können. Für das französische Beispiel gilt die parteiinterne Abstimmung der *Parti Socialiste* (PS) Anfang Dezember 2004 verbreitet als Auslöser der landesweiten Debatte und markiert entsprechend den Startpunkt für die Textselektion. Im niederländischen Fall leitete erst die erforderliche Zustimmung des Senats (*Eerste Kamer*) zur Durchführung einer Volksabstimmung am 25. Januar 2005 überhaupt die Vorbereitungen der Wahl und den Wahlkampf ein, weshalb dieser Termin als Beginn der Referendumsdebatte definiert wurde. Zuletzt wurde als Start der irischen Referendumsdebatte die Unterzeichnung des Lissabon-Vertrags durch die Staats- und Regierungschefs im Dezember 2007 festgelegt. Als Schlusspunkte der relevanten Textproduktion können die jeweiligen Abstimmungstermine gelten. Auf diese Weise ergeben sich mehrmonatige Erfassungszeiträume (Frankreich: 1. Dez. 2004 - 29. Mai 2005; Niederlande: 25. Jan. 2005 - 1. Juni 2005; Irland: 12. Dez. 2007 - 12. Juni 2008).
- *Akteure*: Die Berücksichtigung relevanter sozialer Akteure wurde auf die nationale Ebene beschränkt. Es wurden nur solche kollektiven Akteure berücksichtigt, die für ein Ja oder ein Nein in der Debatte eintraten. Die Ausgangsfrage richtete sich also danach, welche Akteure mit *klarer persuasiver Absicht* an der *nationalen Debatte* beteiligt waren. Damit geht einher, dass die Medien als soziale Akteure, die zweifelsohne in hohem Maße an der Textproduktion und der Wahrnehmungssteuerung beteiligt waren, bewusst ausgeklammert wurden. Für die vorliegende Arbeit, der es um die eigentliche, gleichsam *primäre* Aussagepraxis im Wahlkampf geht, spielen die für den Kampagnenverlauf relevanten Effekte der Medienberichterstattung keine Rolle. Einen Sonderfall stellen in dieser Hinsicht die Meinungsartikel und Herausgeberpositionen z.B. in der nationalen Presse dar. Erstere sind relevant und gehen in das Textkorpus ein, wenn sie als Gastbeiträge von Sprechern einer wahlkämpfenden Organisation verfasst wurden. Nur wenige Zeitungen, wie *Elsevier* in den Niederlanden und *L'Humanité* in Frankreich, vertraten eine offene Herausgeberlinie gegen die Ratifizierung, viele andere Redaktionen in allen drei Ländern (insb. Qualitätspresse) ließen einen Zuspruch eher für die Reform erkennen. Insgesamt ergeben sich daraus aber keine eindeutigen Sprecherpositionen in der Debatte. Einzelne Kolumnisten wurden zwar durchaus zu verbreitet wahrgenommenen Sprechern, solche individuellen Sprecher wurden aber für das Textkorpus in aller Regel

nicht berücksichtigt. Diese Vernachlässigung fußt auf der zentralen diskurs-theoretischen Annahme, dass ein relevantes Argument für oder gegen die Ratifizierung, ganz gleich aus welcher Quelle es stammt, den eigentlichen Deutungskampf der wahlkämpfenden Akteure entweder erreicht und die zugehörigen Aussagen dort aufgegriffen und ggf. angepasst werden oder aber es als Element eines idiosynkratischen Sprachgebrauchs ohne diskursive Breitenwirkung nicht analyserelevant ist.

Für die notwendigen Hintergrundinformationen (Kontextwissen, vgl. Strauss 1998: 36f.) über die jeweiligen politischen Ereignisse sowie die an der nationalen Debatte beteiligten kollektiven Akteure wurden sowohl Sekundärtexte (inkl. Presseberichterstattung) ausgewertet als auch insg. 29 halbstandardisierte Experteninterviews mit an den Wahlkämpfen beteiligten Politikern geführt. Letzteren wurde unter anderem eine offene Liste mit potentiellen Wahlkampfakteuren der verschiedenen Lager vorgelegt, die sie bestätigen, streichen oder um weitere Akteure ergänzen konnten.

- *Quellen:* Als primäre Quellen für die Texte des jeweiligen Korpus⁵⁸ wurden die Nachrichten- und Datenarchive auf den akteurseigenen Webseiten festgelegt. Obgleich tatsächlich alle untersuchten Wahlkämpfe zu großen Teilen auch online geführt wurden, soll hiermit nicht behauptet werden, das Internet sei das wichtigste oder zentrale Medium der Kampagnen gewesen. Wohl aber dienten die hier ausgewerteten Online-Plattformen oder speziellen Wahlkampfseiten nicht nur als vergleichsweise neuartiges Kommunikationsmittel neben den herkömmlichen, sondern auch zur virtuellen Abbildung der übrigen Kampagnenaktivitäten und fungierten mithin als Live-Archive, in denen eine Vielzahl der Wahlkampfveröffentlichungen (Pressemeldungen, Plakate, Broschüren, Transkriptionen von Reden, Meinungsartikel der Sprecher in Zeitungen, selbst Kurzfilme etc.) durch die beteiligten Akteure selbst veröffentlicht wurden. Diese im Debattenzusammenhang entstandenen Dokumente (*natürliche Daten*⁵⁸) sind dort zum Teil bis heute⁵⁹ digital gespeichert.

Für die Repräsentativität des Datenmaterials ergibt sich daraus der folgende Anspruch: Die gebildeten Textkörper beinhalten alle Texte mit Referendumsbezug, die in den definierten Zeiträumen von den identifizierten kollektiven Akteuren, die sich mit persuasiver Absicht an den nationalen Debatten beteiligten, auf

58 Zum Begriff der natürlichen Daten s. Keller (1998: 45).

59 Für die kollektiven Akteure, deren Seiten während der Recherchen über das Internet nicht mehr erreichbar waren oder deren Online-Archive nicht so weit zurückreichten, ist auf Internet-Archivseiten (WebArchive, Archipol, vie publique etc.) zurückgegriffen worden. Für die wenigen Organisationen, bei denen selbst diese Ausweitung keinen Zugriff auf eine ausreichende Textmenge erlaubt hat, z.B. weil der Zugriff über Webarchive von den Akteuren selbst gesperrt oder beschränkt wurde (z.T. Fianna Fáil, Mouvement pour la France etc.), ist die Suche auf Zeitungsarchive ausgedehnt und/oder der Untersuchungszeitraum verlängert worden.

ihren Online-Repräsentationen veröffentlicht wurden. Alle aus diesen digitalen Quellen – im rtf-Format – extrahierten Texte wurden in zwei Durchgängen gelesen und kodiert (zur Praxis des Kodierens s. Strauss 1998: 56ff.).⁶⁰ Bei der Textinterpretation wurden Äußerungen aufgrund ihres typisierbaren Gehalts als Aussagen klassifiziert. Die Aussagen wurden zu (Sub-)Argumenten zusammengefasst, die als übergeordnete Interpretationskategorien dienten. Dabei konnten Äußerungen auch mehreren Kategorien zugeordnet werden. Im Einklang mit dem qualitativen Forschungsprogramm der Grounded Theory wurde das Kategorienschema (Kodebuch) während der ersten Lektüre immer wieder verändert und angepasst. Für die Relektüre der Kodierungen wurde dann das endgültige Kategorienschema verwendet, und es wurden entsprechende Rekodierungen vorgenommen. Die manuelle Kodierung auf Papier wurde nachträglich zwecks Operabilität und intersubjektiver Transparenz computergestützt (MaxQDA⁶¹) nachvollzogen. Allein für einige graphische Darstellungen (s. synoptische Instrumente) wurden quantitative Informationen mithilfe von Software-Funktionen verarbeitet. Als Berechnungseinheit haben dabei immer ganze Texte und nicht etwa die Kodierungen gedient.

Und die Souveräne?

Angesichts des hier beschriebenen Textauswahlverfahrens liegt natürlich der Einwand nahe, dass im Titel der Arbeit sowie in der einen oder anderen Ausführung eine Nähe zum Souverän suggeriert wird – sei sie durch eine besondere Sensibilität für *Volkes Stimme* oder eine außergewöhnliche Perspektive auf die Einstellungen der Bürger hergestellt –, wie sie die eigentliche empirische Untersuchung nicht einlösen kann. Stellt nicht das, was den folgenden Diskursanalysen als Textgrundlage und Datenmaterial dient, einzig und allein einen Ausschnitt aus der jeweilig nationalen sog. Elitenkommunikation dar, die sich möglicherweise von der tatsächlichen Aussagepraxis der Bürger, und damit der Souveräne, unterscheidet? Von einer externen Warte aus mag diese Kritik nachvollziehbar sein. Allerdings stehen ihr wiederum wesentliche theorieimmanente Annahmen entgegen. Zuallererst kann angenommen werden, dass die identifizierten Aussagen als wiederkehrende Muster diskursiver Praxis über die Grenzen eines politischen Spezialdiskurses wahlkämpfender Elitenakteure hinaus Geltung haben. Wahlkampf hat seinen Platz als Kommunikationsphänomen notwendig im öffentlichen Diskurs. Anders als Arzt, Maschinenbauingenieur oder Hoch-

60 Dieses Verfahren entspricht demjenigen einer qualitativen, strukturierenden Inhaltsanalyse (vgl. Ulbert 2005: 25).

61 MaxQDA ist eine an der Universität Marburg entwickelte Software zur qualitativen Datenanalyse. Einen hilfreichen Überblick über den Einsatz dieser und vergleichbarer Programme für die Diskursanalyse bieten Diaz-Bone und Schneider (2008) in einem Artikel für das *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Forschungspraxis*.

schullehrer operiert der Politiker – zumindest in Wahlkampfzeiten – in allgemein-öffentlichen Artikulations- und Kommunikationszusammenhängen. Konkret also ist nicht zu erwarten, dass die diskursive Praxis im Wahlkampf sich, was die materialisierten Aussagen als ihre wesentlichen Elemente betrifft, in nennenswertem Maße zwischen der begrifflich isolierten Wahlkampfkommunikation und der allfällig ablaufenden privaten Konversation über den Wahlgegenstand unterscheidet. Vielmehr kann angenommen werden, dass sich bei den unzähligen politischen Alltagskonversationen zur Abstimmung eben die Aussagen materialisieren, die in der Presse- und Medienberichterstattung als Pro- oder Contra-Argumente der engagierten Akteure aufscheinen. Andersherum ist nicht zu erwarten, dass ein relevantes, d.h. erfolgsversprechendes, bisher noch gänzlich ungenanntes Argument für oder gegen eine zur Abstimmung stehende Vorlage im Wirkungsraum privater Kommunikation gleichsam hängen bleibt. Sollte dies doch der Fall sein, so muss es sich dabei um eine irrelevante Idiosynkrasie handeln, von der im Grunde keine Effekte auf die gesellschaftliche Debatte oder das Wahlgeschehen zu erwarten sind.

Letztlich lassen sich auch forschungspragmatische Erwägungen mit den skizzierten theoretischen Überlegungen in Einklang bringen; und die wohldokumentierten Äußerungen wahlkämpfender Akteure können in der Tat als geeignetes Datenmaterial für die Diskursanalyse gelten. Ohnehin – so lässt sich die forschungspragmatische Reflexion fortsetzen – ließe die private Konversation eine vergleichbare Form der empirischen Aufarbeitung nicht zu. Alle Verfahren der empirischen Sozialforschung, die es erlauben würden, den Bürgern *näher* zu kommen, sind ihrerseits vielfältigen potentiellen Verfälschungen unterworfen, sei es die teilnehmende Beobachtung, seien es Fokusgruppen oder Interviews, die die Entstehungsbedingungen der von ihnen dokumentierten Äußerungen individueller Probanden zwangsläufig verändern. Dass diese Einwände in evidenter Weise auch für die in der quantitativen Wahl- und Einstellungsforschung verbreiteten Umfrageverfahren gelten, die intuitiv als am besten geeignet erscheinen mögen, tatsächlich *Volkes Stimme* einzufangen, wurde im ersten Kapitel dieser Hinführung zu zeigen versucht.

2.3.2 Die zwei Analysen

Was den eigentlichen Aufbau dieser Arbeit betrifft, so sieht sie mit den Teilen II und III im Wesentlichen zwei vergleichende Analysen vor. Deren erste (Teil II) wendet sich den kollektiven Akteuren und den durch sie besetzten Sprecherpositionen zu. Die übergeordnete Fragestellung lautet also: *Wer spricht?* Sie wird für das eigentliche analytische Vorgehen sowie den Vergleich beträchtlich ausdifferenziert. Konkret ergeben sich die folgenden fünf Fragen:

1. Welche Sprecher und kollektiven Akteure nehmen an der nationalen Debatte teil?
2. Welche Sprecherpositionen nehmen die jeweiligen kollektiven Akteure ein?
3. Wie verhalten sich die identifizierten Sprecherpositionen zueinander?
4. Kommt es zu Kampagnenkooperationen verschiedener kollektiver Akteure?
5. Kommt es an den diskursiven Grenzen zur Spaltung kollektiver Akteure?

Die Sprecheranalyse leistet den Akteursbezug der vorliegenden Arbeit. Im Forschungsprozess ist sie in Einklang mit den methodischen Regeln der Grounded Theory parallel zur Textauswahl erfolgt.

Die Aussagenanalyse (Teil III) stellt demgegenüber das eigentliche Kerngeschäft der Diskursanalyse dar. Sie fällt dementsprechend deutlich umfangreicher aus. Ihre übergeordnete Fragestellung lautet: *Was wird (aus-)gesagt?* Auch sie lässt sich gemäß dem theoretisch-methodischen Zuschnitt der WDA zu einem Fragenkatalog ausdifferenzieren:

1. Welche Aussagen werden im Rahmen der Referendumsdebatte artikuliert?
2. Welche Themen werden durch die identifizierten Aussagen aktualisiert? Welche Argumente werden gemacht?
3. Wie lassen sich die Argumente typisieren (Vertragsargument/Meta-/Gegenargument)?
4. Welche Deutungsmuster und Narrative kommen in den Aussagen zum Vorschein?

2.3.3 *Synoptische Instrumente*

Auch und – angesichts der Komplexität ihres Gegenstandes – gerade die vorliegende Untersuchung kommt nicht ohne systematische Vereinfachungen und Klassifizierungen aus. In dieser Arbeit bediene ich mich einiger synoptischer Instrumente, die jeweils eine vereinfachende Darstellung der Analyseergebnisse erlauben, es sind dies: die Diskurslandkarte, das kumulierte Argumentativ, das Argumentsregister sowie das Strukturschema. Die sog. *Diskurslandkarte* (Frankreich: S. 123; Niederlande: S. 160; Irland: S. 196) ist die erste Darstellung im Rahmen der Sprecheranalyse. Sie ermöglicht einen Überblick über die an der jeweiligen Referendumsdebatte beteiligten sozialen Akteure in einem zweidimensionalen Raum. Nur die horizontale Dimension, von links nach rechts, hat eine Bedeutung über die materiellen Notwendigkeiten der Darstellung hinaus. Die Diskurslandkarte orientiert sich an einer groben Links-Rechts-Ordnung des politischen Systems, konkret: des parteipolitischen Spektrums. Grob ist die Links-Rechts-Unterscheidung deshalb, weil sie zwar in der Parteienforschung wie in der Alltagssprache nach wie vor anerkannt und verwendet wird, sie seit ihrer Entstehung im Kontext der französischen Revolution aber einen enormen

semantischen Wandel vollzogen hat, sie überdies zwischen verschiedenen politischen Kulturen, Kontexten und Beobachtern variiert und insgesamt nicht eindeutig an einer weltanschaulichen Differenz festzumachen ist. Zum Zweck dieser Untersuchung lassen sich auf der Links-Rechts-Achse eines politischen und/oder Parteiensystems vor allen Dingen zwei Arten ideologischer Positionierungen abtragen, nämlich zum einen eine sozioökonomische sowie eine sozialetische zwischen liberal-progressiven Ansichten auf der einen und traditional-konservativen Einstellungen auf der anderen Seite (vgl. hierzu Marks/Steenbergen 2002: 880, Kitschelt 1994). In Verwendung wie Problematisierung der Links-Rechts-Dichotomie halte ich mich an die im Kontext der europapolitischen Parteienforschung ausgesprochen hilfreichen Konzeptionen von Hix und Lord (1997). Für die vereinfachende Darstellung der Diskurslandkarte belasse ich es wie sie bei der Doppeldeutigkeit des Links-Rechts-Schemas.

Das *Kumulierte Argumentativ* (Frankreich: S. 276/319; Niederlande: S. 352/384; Irland: S. 427/481) bildet das zentrale Instrument zur synoptischen Darstellung der einzelnen Diskurse. Wie oben bereits ausgeführt, ergibt die Aneinanderreihung der Kernaussagen eines Diskurses keineswegs eine für sich zusammenhängende Geschichte (*story line*). Deshalb bezeichne ich die additive Verknüpfung der für alle Argumente rekonstruierten Kernaussagen als Kumuliertes Argumentativ. Dieses wird in dieser Form von keinem Sprecher im Referendumszusammenhang geäußert. Es ist in noch stärkerem Maße eine analytische Rekonstruktion als die Kellersche Story Line.

Das *Argumentsregister* (Frankreich: S. 279/322; Niederlande: S. 355/388; Irland: S. 429/485) enthält die Klassifizierung als Argument oder Metaargument. Außerdem gibt es zu den Argumenten die kollektiven Akteure an, deren Sprecher sie im Wahlkampf aktualisieren, und zeigt zudem die Häufigkeiten der Argumente (nach Texten) im jeweiligen Textkorpus an.

Schließlich hat das *Strukturschema* (Frankreich: S. 325; Niederlande: S. 390; Irland: S. 487) auf den ersten Blick eine strukturalistische Erscheinung. Hier geht es darum, mittels einer willkürlich ausgerichteten, allerdings in zwei Felder, Ja- und Nein-Diskurs, unterteilten Ebene die analysierten Argumente, ggf. Subargumente und ihre Beziehungen zueinander räumlich zu veranschaulichen. Die Bezeichnungen der Argumente im Strukturschema entsprechen den zur Kodierung verwendeten Kurzkategorien. Die Abkürzungen sind u.a. im Abkürzungsverzeichnis am Anfang des Buchs entschlüsselt. Das Strukturschema enthält ebenfalls eine, allerdings nur bedingt aussagekräftige, quantitative Information. Die Größe des Kastens für ein Argument richtet sich, beginnend bei einer darstellungstechnisch vorgegebenen Mindestgröße, proportional nach der Häufigkeit (Einheit: Texte) im entsprechenden Diskurs.

2.4 Untersuchungshypothesen

In diesem Abschnitt werden die im Vorangegangenen sukzessive entwickelten bzw. modifizierten Untersuchungshypothesen noch einmal gesammelt aufgeführt:

Hypothese des gegenstandsbezogenen Wahlkampfs (H1)

Die Referendumsdebatten behandeln vorwiegend europapolitisch relevante Themen und sogar konkrete vertragsrechtliche Neuerungen.

Hypothese des nationalen Nebenwahlkampfs (H2)

Die Debatten befassen sich überwiegend mit innenpolitischen Themen, einschließlich der Performanz der nationalen Regierung, die nichts oder nur wenig mit dem eigentlichen Abstimmungsgegenstand zu tun haben.

Hypothese des einseitigen Gegenstandsbezugs (H3)

Insbesondere die Vertragsgegner gebrauchen gegenstandsunabhängige Argumente, während die Befürworter sich im Wahlkampf an dem eigentlich zur Abstimmung gestellten Dokument orientieren.

Hypothese der heterogenen Koalition (H4)

Obwohl Vertragsgegner der extremen Linken sowie der extremen Rechten in den Referendumswahlkämpfen nicht miteinander kooperieren, finden sie faktisch dennoch über die diskursive Praxis und gemeinsam artikulierte Argumente in ablehnenden Diskurskoalitionen zusammen.

Hypothese des strukturellen Vorteils (H5)

Den Vertragskritikern gelingt es leichter, ihre Argumentationen und ihre diskursiven Strategien an die nationalen Kontexte anzuschließen und den europapolitischen Gegenstand mit gesellschaftlichen Wissensbeständen zu konfrontieren.

2.5 Begriffsklärung

Wie bereits ausführlich problematisiert, leidet die Diskursforschung unter einem unklaren und diffusen Begriffsgebrauch, wobei Inkonsistenzen nicht allein im Gebrauch der *gleichen* Begriffe durch verschiedene Wissenschaftler auftreten – dies wäre nicht weiter verwunderlich –, sondern auch die Arbeiten einzelner Forscher durchziehen, wodurch das Verständnis teils erheblich erschwert wird. Deshalb ist eine terminologische Festlegung, nicht zuletzt auch als Orientierungshilfe für die Leser, ausgesprochen ratsam. Keller gelingt diese Festlegung über ein allgemeines Register der Grundbegriffe der Diskursforschung/WDA (vgl. Keller 2007: 64-65, 2008d: 234-235), auf das ich mich im Folgenden im

Wesentlichen beziehe. Der konkrete Forschungsgegenstand macht es allerdings an einigen Stellen erforderlich oder auch nur möglich, von der vorgegebenen Terminologie zuspitzend abzuweichen. Wieder andere Begriffe sind allein für diese Studie entwickelt oder anderweitig übernommen worden; dies ist dann entsprechend gekennzeichnet.

Argument

Das Argument bildet das größte Element des Diskurses. Der Begriff ergibt sich aus der Konfliktkonstellation des Wahlkampfes, steht mit der Diskursanalyse aber in keiner theoretischen Verbindung. Auf Grundlage der binären strategischen Ausrichtung der diskursiven Praxis im Referendumswahlkampf und entsprechend dem Analyseschema dieser Untersuchung lassen sich die typisierbaren Aussagen übergeordneten thematischen Argumenten (s. Diskursstrang) zuordnen. Die Argumente werden noch einmal nach verschiedenen Kriterien in Vertrags-, Meta- und Gegenargumente unterschieden.

Aussage

Die Aussage ist die eigentliche (atomare) Einheit des Diskurses. Sie bildet den „typisierbare[n] und typische[n] Gehalt einer konkreten Äußerung [...], der sich in zahlreichen verstreuten Äußerungen rekonstruieren lässt“ (Keller 2007: 64, 2008c: 234).

Äußerung

Als Äußerung werden alle materiellen Erscheinungsformen von Diskursen bezeichnet, also alles das Geäußerte, was noch ungeordnet, wohl aber – zumindest für die Untersuchung – in dokumentierter Form vorliegt.

Deutungsmuster

Das Deutungsmuster entstammt einer wissenssoziologischen und keiner diskursanalytischen Terminologie. Es ist verwandt mit dem Rahmenkonzept und beschreibt die aus kollektiven Wissensbeständen hervorgehenden Situationsdeutungen kollektiver Akteure. Deutungsmuster werden von individuellen Sprechern in den Debatten aktualisiert.

Diskurs

Mit Diskurs wird „[e]ine nach unterschiedlichen Kriterien abgrenzbare Aussagepraxis bzw. Gesamtheit von Aussageereignissen, die im Hinblick auf institutionell stabilisierte gemeinsame Strukturmuster, Praktiken, Regeln und Ressourcen der Bedeutungserzeugung untersucht werden“ (Keller 2007: 64, 2008c: 234) bezeichnet. Der analytische Charakter der Definition wird in dieser Arbeit besonders betont. Jede nationale Debatte wird in einen Ja- und einen Nein-Diskurs zerlegt.

Diskursfeld/diskursives Feld

Das Diskursfeld wird als „Arena, in der verschiedene Diskurse um die Konstitution bzw. Definition eines Phänomens wetteifern“ (Keller 2007: 64, 2008c: 234) definiert. In der vorliegenden Arbeit, die allgemein-öffentliche Diskurse untersucht, bezeichnet das Diskursfeld den Schauplatz der Auseinandersetzung innerhalb einer nationalen Diskursgemeinschaft.

Diskursgemeinschaft

Als Diskursgemeinschaft wird die – im Regelfall als Nation bezeichnete – Menge von Menschen bezeichnet, die sich über deren zumindest potentielle Gesprächsfähigkeit integriert.

Diskurskoalition

In einer Diskurskoalition werden solche kollektiven Akteure konzeptionell zusammengefasst, die ähnliche oder annähernd die gleichen Aussagen und Deutungsmuster aktualisieren. Die Diskurskoalitionäre kommen einander also über ihre diskursive Praxis und unter Umständen völlig unbeabsichtigt näher, ohne dass damit eine intendierte sog. Kampagnenkooperation verbunden wäre.

Diskursstrang

Diskursstränge sind „thematisch einheitliche Diskursverläufe“ (Jäger 2006: 98) durch die Zeit. Die Aussagepraxis der Akteure im Wahlkampf richtet sich an diesen thematischen Traditionen aus und verknüpft sie mit dem konkreten Abstimmungsgegenstand. Argumente im Wahlkampf können als gegenstandsabhängige Aktualisierungen von Diskurssträngen konzeptualisiert werden.

Gegenargument

Gegenargumente sind solche Aussagenzusammenhänge, die Argumenten des gegnerischen Lagers direkt widersprechen, oft sogar unter expliziter Nennung derselben. Reine Gegenargumente spielen aufgrund ihres abgeleiteten Charakters eine untergeordnete Rolle für die Analyse.

Kampagnenkooperation

In Abgrenzung zur Diskurskoalition bezeichnet die Kampagnenkooperation ein von mehreren kollektiven Akteuren willentlich eingegangenes, meist nur für den Zeitraum des Wahlkampfes gebildetes kooperatives Arrangement, z.B. in Form von überparteilichen Kampagnenformationen.

Metaargument

Metaargumente sind solche Aussagenzusammenhänge, die sich nicht auf konkrete Vertragsinhalte beziehen, sondern Aussagen über allgemeine Hintergründe, Entwicklungen und Konsequenzen enthalten. Sie stehen häufig in Verbindung mit Narrativen.

Narrativ

Narrative werden in Anlehnung an Viehöver (2006) im engen Sinne als Kombinationen von Aussagen verstanden, die zeitlich geordnet, d.h. entlang einer story line oder eines Plots, organisiert sind, sich durch meist markante Figurenkonstellationen auszeichnen und im Wesentlichen eine Geschichte erzählen.

Öffentlicher Diskurs/allgemein-öffentlicher Diskurs

Im Gegensatz zum Spezialdiskurs zeichnet sich der öffentliche Diskurs durch geringere Zugangshürden sowie seine „allgemeine[] Publikumsorientierung in der massenmedial vermittelten Öffentlichkeit aus“ (Keller 2007: 64, 2008c: 235).

Kollektiver Akteur

Als kollektive Akteure nimmt die vorliegende Untersuchung insbesondere solche Gruppierungen in den Blick, die am Wahlkampfgeschehen auf nationaler Ebene mit einer klaren persuasiven Absicht teilnehmen und die durch individuelle Sprecher repräsentiert werden.

Soziosynkrasie

Soziosynkrasien bezeichnen länderspezifische diskursive Auffälligkeiten, die sich z.B. in – für den fremdsozialisierten Analysten – unerhörten, oft allfälligen, mitunter geradezu hegemonialen Deutungsmustern und unwidersprochenen Überzeugungen manifestieren. Sie verweisen auf die einer nationalen Diskursgemeinschaft eigenen Wissensbestände.

Spezialdiskurs

Das Wort bezeichnet die in besonderer Weise regulierte Aussagepraxis innerhalb von „gesellschaftlichen Teilöffentlichkeiten“ (z.B. Wissenschaft, Verwaltung etc., Keller 2007: 64, 2008c: 235).

Sprecher

Als Sprecher gelten alle individuellen Personen, die sich mit klarer persuasiver Absicht in den Referendumsdebatten engagieren und einen kollektiven Akteur repräsentieren.

Sprecherposition

Keller definiert Sprecherpositionen als „Orte des legitimen Sprechens innerhalb von Diskursen, die von kollektiven Akteuren unter bestimmten Bedingungen (bspw. nach Erwerb spezifischer Qualifikationen) als Rollenspieler eingenommen und interpretiert werden können“ (2008d: 223; s. auch 216-217). Dieses soziologische Verständnis wird hier im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand vereinfacht. Die für die vorliegende Studie relevanten individuellen Sprecher treten allesamt öffent-

lich als – zum Teil auch qua Amt so genannte – Sprecher einer Gruppe, eines kollektiven Akteurs auf. Kollektive Akteure definieren Rollen für die diskursive Praxis, die als Sprecherpositionen bezeichnet werden.

Vertragsargument

Vertragsargumente sind solche Aussagenzusammenhänge, die sich auf konkrete Inhalte des Vertragstexts (Artikel, Protokolle, Erklärungen) beziehen. Vertragsargumente entstehen in der Regel an den Schnittstellen zu thematischen Diskurssträngen.

Wissen

Der Wissensbegriff, der dieser Untersuchung zugrundeliegt, ist relativ(istisch). Wissen löst sich demnach in kollektive Wissensbestände auf, die standort- und sozialisationsbedingt angeeignet werden. Die Wissensbestände enthalten gesellschaftlich stabilisierte, meist symbolisch fixierte Objektivationen. Damit ist Wissen im Grunde das, was in einer (Teil-)Gesellschaft als Wissen gilt (vgl. Keller 2008c: 94, 235, Jäger 2006: 83, s. auch Berger/Luckmann 1969).

Wirklichkeit

Wirklichkeit ist der Sammelbegriff für die gesellschaftlich konstruierten, objektivierten und stabilisierten Strukturen der sinnhaften Welt. Sie bezeichnet alles das, was den Menschen als immer schon Gegebenes, Reales erscheint und was ihnen damit tatsächlich Widerständiges entgegensetzt, an dem sie ihr Handeln ausrichten können.

Subversive Souveräne

Vergleichende Diskursanalyse der gescheiterten
Referenden im europäischen Verfassungsprozess

Schünemann, W.J.

2014, XXVI, 572 S. 11 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-05708-4